

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.

## Der Arbeit Volk will auferstehn!

Ein Frühlingsbrausen geht durchs Land:  
Der Arbeit Volk will auferstehn!  
Lenzsturm! Umloht vom Sonnenbrand  
Steigt neues Leben von den Höhen,  
Steigt in das tiefste, fernste Tal,  
Scheucht fort die letzte Winternacht  
Und hält mit blankem Flammenstraß  
Am Tore unsrer Zukunft Wacht.

Ein Frühlingsbrausen läßt die Welt  
Und zerrt am Axtwerk braun und kahl.  
Der letzte Winterschnee zerfällt,  
Zerkaut, zerschmilzt und rinnt zu Tal.  
Die Knospen schwellen. Und am Bach  
Hebt sich schon lichtgrün junger Flaum,  
Daß lächelnd um den Märzentag  
Spinnt mild und lind ein Frühlingsdraum.

Ein Frühlingsbrausen harft sein Lied,  
Das durch die Hecken seufzt und stöhnt,  
Und durch die Wälder wintersmüd  
Wie helles Jauchzen stößt und dröhnt.  
Ein uraltes Lied . . . das jedesmal  
Braust, wenn des Frühlings Stürme wehn:  
Nach all der winterlichen Qual  
Will neu das Leben auferstehn!

Ein Frühlingsbrausen reißt dich wach  
Aus deinetes Alltags Not und Pein:  
Mild um dich fließt ein Sonnentag,  
Der schlafert alle Sorgen ein, —  
Der gießt dir Mut ins müde Herz  
Und halbt die harte Hand zur Faust, —  
Der fordert Glück für Leib und Schmerz  
Hörst du, wie mild der Frühling braust?

Ein Frühlingsbrausen wühlt und weht  
So lau und lind um jedes Hans . . .  
Und unsre Hoffnung eilt und jät  
Der Zukunft goldnes Saatkorn aus:  
Sät es ins dunkle Schollenland,  
Durch das der Pflug der Qual muß gehn . . .  
Hört ihr das Brausen rings im Land?  
Der Arbeit Volk will auferstehn!

Ludwig Lessen.

## Gewerkschaftsaufgaben und Gewerkschaftskritik.

Als im vorigen Jahre die Broschüre „Der Weg zur Macht“ erschien, in der Karl Kautsky den Gewerkschaften die Möglichkeit absprach, auf dem bisher verfolgten Wege in Zukunft noch nennenswerte Erfolge zu erringen, da setzte innerhalb der deutschen Arbeiterschaft für und gegen diese Ansicht ein heftiger Meinungsstreit ein, der auch heute noch nicht erledigt ist. Insbesondere in Gewerkschaftskreisen wurde die Auffassung Kautskys entschieden zurückgewiesen und betont, daß, wenn diese Auffassung unter den Arbeitern allgemein Eingang fände, dies allerdings eine bedeutende Schwächung der gewerkschaftlichen Stofkraft nach sich ziehen müßte, weil der Zweifel der Arbeiter an den Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften naturgemäß eine Lähmung der gewerkschaftlichen Energie mit sich brächte. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission nahm in einer Reihe von Artikeln zu der Auffassung Kautskys Stellung und wies unter Benutzung einer Reihe gewerkschaftlicher Lohnstatistiken nach, daß es den deutschen Gewerkschaften gelungen ist, nicht nur zahlenmäßige Erfolge, sondern auch eine über die Lebensmittelerneuerung hinausgehende tatsächliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder zu erzielen. Diese Artikel, die sowohl zur gewerkschaftlichen Agitation wie zur persönlichen Information der Gewerkschaftsmitglieder wertvolles Material enthalten, sind vor einigen Wochen im Verlage der Generalkommission unter dem Titel „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?“ als Broschüre erschienen. Obwohl wir uns feinerzeit mit den Ansichten Kautskys in zwei Artikeln ausführlich befaßt haben (siehe die Nummern 23 und 30 des vorigen Jahrganges), bringen wir nachstehend auch noch die Einleitung der genannten Broschüre zum Ab-

druck, wobei wir den Wunsch äußern, unsere Kollegen möchten sich die Broschüre selbst beschaffen und fleißig studieren:  
Die erste Aufgabe der Gewerkschaften ist die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen, um einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Die Propagandamethoden werden naturgemäß mit dem Wachsen der Organisation und ihres Einflusses fortgebildet. Beim Beginn der organisatorischen Betätigung der Arbeiter wird zur Gewinnung der Indifferenten das größte Gewicht auf die Kritik des Bestehenden gelegt werden müssen. Diese Kritik wird selbstverständlich auch nicht in späteren Stadien der organisatorischen Entwicklung überflüssig. Aber sie wird ergänzt durch die positive Betonung dessen, was die Solidarisität der Massen zu erreichen vermochte.  
Die deutschen Gewerkschaften haben sich nie mit dem bloßen Herumhantieren mit Schlagwörtern begnügt. Diese Agitationsmethode, die in hybridkaltisch angehauchten Ländern üblich ist, wurde in Deutschland zum mindesten in der neueren Periode des Gewerkschaftslebens verpönt. Aber schon in vorsozialistengesellschaftlicher Zeit sehen wir die deutschen Gewerkschaftsorganisatoren eifrig bemüht, den Sinn ihrer Anhänger für positives Tatsachenmaterial zu wecken. Schon damals wurde der Versuch einer systematischen Gewerkschaftsstatistik unternommen. Die Verdrängung der Arbeiterorganisationen durch das Sozialistengesetz machte natürlich auch einen Strich durch ihre Tätigkeit. Seit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften, also seit mehr als zwei Jahrzehnten, haben sie sich immer mehr der genauen Durchführung ihrer Wirksamkeit befleißigt.  
Unsere gewerkschaftlichen Statistiken dienen den beiden obengenannten Methoden, der negativ kritischen wie der positiv aufbauenden. Durch eine möglichst

genaue statistische Untersuchung des Vorhandenen wird gezeigt, was noch zu tun ist, um aufwärts zu kommen. Durch Vergleiche der neueren Ergebnisse mit den älteren erfahren wir, was in der Zwischenzeit an Stärkung und Aufbau der Organisationen, an materiellen Errungenschaften für die Mitglieder usw. erreicht wurde. Die eine Methode ergänzt die andere. Zusammen angewendet ergeben sie ein objektives Bild des noch Fehlenden, aber auch des Erreichten. Das Herausgreifen nur der einen Methode dagegen ist einseitig und führt unfehlbar zu falschen Schlussfolgerungen, die zum Nachteil für die ganze Bewegung werden können.  
Die Pflege der Statistik in den deutschen Gewerkschaften hat diesen vorzügliche Waffen in die Hand gegeben. Sie sind genau unterrichtet über die Organisationen, deren Entwicklung und Einrichtungen, sie führen genau Buch über die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe und deren Ergebnisse. Auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Lebens steht dem Gewerkschafter in Deutschland einschlägiges Material zur Beurteilung der Tätigkeit und Errungenschaften der gewerkschaftlichen Bewegung zur Verfügung. Das erleichtert seine Arbeit, und es wirkt aufklärend auf die großen noch abseits stehenden Massen. Um so mehr muß da von jedem für und in der Arbeiterbewegung Tätigen gefordert werden, daß er die statistischen Arbeiten der Gewerkschaften nicht unbeachtet beiseite legt, wenn er über diese ein Urteil fällt.  
Heute sind 25 pZt. der industriellen Arbeiterschaft Deutschlands gewerkschaftlich organisiert. Und dennoch, welchen gewaltigen Einfluß üben diese auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Für große Arbeitermassen haben sie bereits die unbegrenzte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Durchführung kollektiver Arbeitsverträge beseitigt. Diese Verträge gestalten aber die Lage des Arbeiters im Betriebe zu einer ganz andern. Er ist nicht mehr der willen-

lose Sklave, dem der Unternehmer und dessen Vertreter nach Gutdünken die Bedingungen diktiert, sondern er hat die Innehaltung der durch die Organisation vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zu fordern. Diese Umwälzung in der Position des Arbeiters innerhalb des Betriebes läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Daß sie aber bedeutsam sein muß, wird jeder Beobachter der Stellung der Unternehmer zu den Kollektivverträgen verstehen. Sehr schwer sind die Kämpfe, die um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über ihre Arbeitsbedingungen geführt werden müssen. Das Prinzip, unbeschränkte Herren im Hause zu sein und zu bleiben, haben die Unternehmer bisher äußerst zähe verteidigt. Dieser Widerstand gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter beschränkt sich nicht nur auf die Unternehmer der Großindustrie und des Bergbaues, er wurde ebenso erbittert geleistet von den Innungsmestern, wie von den kleineren und mittleren Industriellen. Die Macht der Gewerkschaften reichte aber früher aus, jenen Widerstand bei diesen weniger kapitalkräftigen Unternehmern zu brechen, als bei den Großindustriellen. Das ist ein Beweis, daß die Organisation hier noch zu schwach ist und daß eifrigst an ihrer Stärkung gearbeitet werden muß, um auch in der Großindustrie den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zu erringen. Aber es ist beileibe kein Beweis dafür, daß die Organisation an sich und ihre bisherigen Methoden nicht ausreichen sollten, jenes Ziel zu erreichen.

Die Kritiker der Gewerkschaften sehen alle diese äußerst wichtigen Fragen nicht. Sie haben ausschließlich das letzte Endziel im Auge, das die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringen soll. Dadurch verlieren sie den Boden der realen Tatsachen unter den Füßen. Sie übersehen die gewiß nicht unbedeutende Frage, wie es für die Arbeiter praktisch möglich sein soll, eine ganze Gesellschaftsordnung über den Haufen zu tunnen, wo ihre Macht heute noch nicht ausgereicht hat, um nur das Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie zu erringen. Der Gewerkschafter dagegen ist vermöge seiner täglichen Fühlung mit dem praktischen Leben gerade über die gegenseitigen Machtverhältnisse orientiert. Und da er die Kämpfe zu führen hat, nimmt er sich zunächst Schritt für Schritt das vor, das ihm zurzeit erreichbar erscheint. Nur diese Taktik garantiert ihm den Erfolg.

Daraus leiten freilich die Gewerkschaftskritiker den irrigen Vorwurf her, die Gewerkschafter gingen so in ihrer täglichen Kleinarbeit auf, daß sie die großen Ziele der Arbeiterklasse aus den Augen verloren. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. In der Beurteilung des Kapitalismus wissen sich die Gewerkschaften durchaus einig mit der politischen Organisation des Proletariats. Darüber bestehen keine Differenzen. Heute gilt es aber, die Kämpfe um die einzelnen Etappen des langen Weges zur völligen Emanzipation der Arbeiterklasse zu führen. Dieser Kampf wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geführt, nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der Partei. Daher muß mit den heutigen Macht-faktoren gerechnet werden, nicht lediglich mit den Machtverhältnissen, die einmal sein werden.

Darin sehen wir die Mißverständnisse, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung geltend machen, daß

die von dem praktischen Leben losgelösten Forscher zu sehr für die Zukunft Pläne schmieden, während die Organisationen genötigt sind, auf dem Boden der rauhen Gegenwart zu kämpfen. Auf alle Fälle müssen diese verlangen, daß Kritiker, die ernst genommen werden müssen, und solche, die es werden wollen, sich dazu verstehen, die Verhältnisse so darzustellen, wie sie sind. Die Möglichkeit dazu ist vorhanden. Jeder einzelne von den Gewerkschaften geführte Kampf zeigt, wie weit die Macht heute reicht; die Gesamttätigkeit der Gewerkschaften aber gibt in ihrem Erfolge den untrüglichen Beweis dafür, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden.

Gegen die fatalistische Auffassung, als seien die Aussichten für die gewerkschaftliche Aktion in der Zukunft weniger erfolgversprechend und nur geringfügige Möglichkeiten vorhanden, mit den bisherigen gewerkschaftlichen Methoden Erfolge zu erringen, spricht schon die Tatsache, daß noch sehr vieles zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu tun ist. Große Arbeitermassen stehen noch abseits. Je mehr diese gewonnen werden, je umfangreicher werden zwar die Kämpfe, je größer wird aber auch die gewerkschaftliche Stofkraft. Zudem sind die Gewerkschaften noch keineswegs mit dem inneren organisatorischen Ausbau ihrer Nachmittell fertig. Jeder einzelne Verbandstag leistet hier immer aufs neue wertvolle organisatorische Arbeit.

Schon mit der bisherigen, verhältnismäßig schwachen Organisation haben die deutschen Arbeiter bedeutsame Erfolge errungen. Wäre es auf politischen Gebiete gelungen, die volksfeindliche indirekte Steuerpolitik der herrschenden Klassen abzuwehren, die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter würde sich unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten zwanzig Jahre ganz bedeutend gehoben haben. So aber mußte unangeseht um einen Ausgleich zwischen den Löhnen und den durch die indirekten Steuern gesteigerten Lebensmittelpreisen gerungen werden. Aus den Lohnkämpfen einer Anzahl Gewerkschaften läßt sich der Nachweis führen, daß dies nicht nur erreicht wurde, sondern wo die Organisation der Arbeiter stark war, sind auch darüber hinaus Vorteile für die Mitglieder erkämpft worden.

**Von den Verhandlungen.**

**Vor der Entscheidung.**

In diesen Tagen tritt die Generalversammlung des Unternehmerbundes in Dresden zusammen; wenn dieser „Grundstein“ in die Hände der Kollegen kommt; ist die Entscheidung gefallen. Die scharfmacherischen Schieber und Klaffer sind tüchtig an der Arbeit, die Generalversammlung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die leitenden Organe des Bundes, wie die „Baugewerks-Zeitung“ und das „Centralblatt“ in würdiger Zurückhaltung verharren. Sie melden kurz das Scheitern der letzten zentralen Verhandlungen und verweisen auf die Generalversammlung des Bundes, die nun entscheiden müsse. Anders natürlich die Geesemünder „Arbeitgeber-Zeitung“; sie, die Herrliche, von allen, stürzt sich noch einmal in die Listosen einer vergnüglichen Lobsucht, indem sie folgendermaßen losfuhrwert:

„Von Jahr zu Jahr höher hat die Arbeiterschaft ihre Forderungen geschaubt, bis ins Ungemessene ihre Lohnforderungen gestellt und in geradezu wahrwüthiger Form ihre Ansprüche erhoben auf Regelung des Arbeitsverhält-

nisses. Derjenige, der Kapital, Intelligenz und Arbeit aufwendet, darf bei Leibe nicht mehr die Früchte seines Einflusses ernten; sie sollen und müssen dem Arbeiter rezervert bleiben, der Unternehmer aber darf sehen, wo er bleibt. Das ist die Situation im allgemeinen. Im einzelnen ist sie hier oder dort noch weit rabidaler.

Ingefaßt dieser Tatsache und angefaßt der andauernden Geheizen in der sozialistischen Presse sah man dem Ende des Vertragsverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Baugewerbe mit Sorge entgegen. Wenn man sich auch von vornherein darüber klar war, daß die neuen Verhandlungen an der Brutalität der Arbeiterführer scheitern würden, so jahien doch noch nicht alle Hoffnungen bergabens, daß in Arbeiterkreisen angefaßt der schwierigen wirtschaftlichen Lage in letzter Stunde Vernunft einkehren würde. Die Tatsachen haben die Hoffnungen Lügen gestraft. Die Verhandlungen sind gescheitert und diejenigen, die von vornherein auf dem Standpunkt gestanden hatten, daß die Verhandlungen seitens der Arbeitgebervertreter nur als Komödie aufgefaßt werden, daß man von vornherein zum Kampf entschlossen war, haben recht behalten.

Die Arbeiterschaft war sich von Anfang an klar darüber, daß eine Vereinfachung unter allen Umständen bezwungen werden muß. Auf das Haupt aller dieser Heher, die mit Zug und Trug eine Vereinfachung hintertreiben, die der Arbeiterschaft und der Welt eine Komödie vorspielten, fällt immer mehr die Verantwortung für die Not und das Elend, dem wahrscheinlich Tausende von Arbeiterfamilien entgegensehen, zu.

Liegen überhaupt Gründe vor, die ein Scheitern der Verhandlungen auch nur einigermaßen erklärlich erscheinen lassen? Die Arbeitsnachfrage und Affordarbeit müssen herhalten, um die Niedertracht gewerblicher Heher zu verschleiern. Man will nicht, daß ordentliche, nuchterne und tüchtige Arbeiter auf Grund ihrer Fähigkeiten und Geadfertigkeiten, auf Grund ihres Fleißes mehr verdienen. Die sozialistischen Führer wollen keine tüchtigen, fleißigen Arbeiter, die gut verdienen; ihnen ist an einer verdummten, faulen, unzufriedenen Herde gelegen, die das Proletariat häßt und den Führern und Hehern die Fleischtöpfe garantiert.

Am 22. März werden sich die Arbeitgeber in Dresden treffen, um Stellung zu der Lage zu nehmen, die durch die Scheiterung der Verhandlungen entstanden ist. Denjenigen, die hier mit zu beraten haben, einen Rat auf den Weg zu geben, halten wir für unbedeutend; denn die Notwendigkeit, dem Baugewerbe die Existenzmöglichkeit zu sichern, sei es auch durch schwere Kämpfe, hat ihnen den Weg vorgezeichnet, den sie gehen müssen.

Man läte den Unternehmern wirklich unrecht, wollte man sie in ihrer Gesamtheit, oder wollte man den Bund für diese Ausfälle verantwortlich machen. Nicht Unternehmer sind es, die so etwas schreiben, sondern ihre Brabos, Deklassierte oder spekulative Geschäftsmacher. Es ist traurig, daß der große und ernste Kampf zwischen Kapital und Arbeit von solchen Gesindel beschmutzt wird. In Wirklichkeit hat zwar dieser elende Unflug auf die Entscheidung wenig oder gar keinen Einfluß, aber um ja nichtswürdiger und verächtlicher sind er und seine Urheber.

**Gewehr bei Fuß!**

Nicht unruhig werden! möchten wir den Kollegen raten. In einigen Orten besteht die Auffassung, mit dem Ablauf der Verträge am 31. März begünne ohne weiteres der Kampf. Das ist selbstverständlich falsch. Wir verweisen noch einmal auf die Abmachungen mit den Unternehmern bei den letzten zentralen Verhandlungen. Beschließen die Unternehmer die Aufrechterhaltung der Vergeltungsanträge, dann müssen erst noch die Verbandstage der beteiligten Arbeiterverbände tagen, um böllig klare Verhältnisse zu sassen. Bis dahin dürfen weder von den Unternehmern noch von uns Feindseligkeiten begonnen werden. Da die Verbandstage für diesen Fall erst anfangs April tagen können, so ist also nicht vor dem 9. oder 11. April auf den Beginn des Kampfes zu rechnen. Für diese Zeit, aber nicht

**Das neuerstandene San Franzisko.**

Von Max Schippel

Die vielgerühmte Wunderstadt am Goldenen Tore, vor dreieinhalb Jahren in ihrem bereits wichtigen Viertel nichts als ein rauchender Trümmerhaufen, will anläßlich der Eröffnungsfest der Panamalanals die ganze Welt zu einer Weltausstellung zusammenrufen. Eine erste beschließende Verammlung tagte vor einigen Wochen unter acht jungweltlichen Kundgebungen des Enthusiasmus. Das ernannte Komitee begann sofort seine Tätigkeit, vor allem eine erstaunlich rege und vielseitige Agitation in den Zeitungen. Die privaten Zeichnungen für den grundlegenden Fonds weisen bereits erkleckliche Beträge auf; die Stadterhaltung selber, der Staat Kalifornien, endlich die Union (nach untem Sprachgebrauch: das Reich) sollen rasch mit weiteren Millionenbeiträgen folgen.

Alles das kennzeichnet das grenzenlos wagemütige amerikanische Selbstvertrauen. Und es ist kaum ein Zweifel zulässig: wenn hier an der pazifischen Küste nicht ein neues Erdbeben wieder alles durcheinanderwirbelt und über den Haufen wirft, dann wird San Franzisko, das noch immer wunderreife und in der Gesehung begriffene, die internationale Gästefahr in ein paar Jahren schöner und vollendet als jemals früher empfangen.

Klassende, schreiende Räden starren einem freilich bei einem Rundgang durch die Halbmillionsstadt heute überall noch entgegen. Doch, was ist in wenig mehr als drei Jahren alles geschaffen worden, und welche Umwandlungen hat man weiter schon sichtbar und energisch in Angriff genommen.

Auf den ersten Blick gemahrt man die Räden überhaupt nicht, sondern nur die überragenden Leistungen der Fortschritte, über alle kapitalistischen Hilfsquellen gebietenden Unternehmungsgeist. Das Dampfboot landet den Reisenden am Ferrygebäude, too zugleich von der Landseite die breite, langgestreckte Verkehrsplazade, die Market Street, einmündet. Die erste Fußüberquerung, die erste Golumbus- oder Straßenbahnfahrt bewegt sich gewöhnlich diese glänzenden weltpatrieche Marktstraße entlang. Auf den Bürgersteigen drängen sich die geschäftigen Menschenmassen vorwärts, den Fußweg zu überfrachten, ist in gewissen Tagesstunden unbedingt lebensgefährlich. Ein Himmelskraker folgt dem andern, rechter wie linker Hand; bald ist es eine Bahn, bald eine Lebensversicherung, oder Eisenbahn, oder Dampfstraßenbahn, bald ein Kaufhaus, bald ein Hotel, was sich hier zur Schau stellt. Erklärlicherweise ist hier alles in raffiniert modernster Gestalt wieder aufzustehen, während sich in jedes Stadtbild, selbst Americas, aber noch mehr Europas, unauslöschbare Züge der hilflosen, rückständigeren Vergangenheit einzuwurzeln pflegen. Abends schwinnt, nach amerikanischer Gewohnheit, alles in einer Flut von elektrischem Licht, wie wir sie höchstens bei außergewöhnlichen Illuminationen, bei öffentlichen Festlichkeiten ganz besonderer Art kennen lernen; selbst nach Abendenschluß bleiben die erdlosen Schaufensterfluchten voll erleuchtet. Alles zusammengebrochene scheint wieder aufgerichtet, nur großartiger und eindrucksvoller als zuvor. Eine Denkschrift, die vor ein paar Monaten erschien, spricht von 150 Hotels in der „neuen“ Stadt; diese sollen 18 000 Einzelzimmer und größere Wohnungen umfassen; das St. Francis-Hotel allein 700, das Palast-Hotel 688, das wie ein grandioses Königsschloß auf dem Hügel über der Bai thronende Fairmont-Hotel

511 Zimmer. Die aufgeführten 150 Hotels können noch derselben Denkschrift bequeme 85 000 Gäste herbergen und bewirten. In den gleichen Stadtrahon, dessen Bewohner selber im Späthfrühling 1906 auf dem grünen Rasen und der nassen Erde der öffentlichen Anlagen und Plätze nächtigen mußten, während sie bei Tage, in langen „Proletiner“ (bread lines) aufgestellt, ihre schmalen Rationen vor den Kostandskontieren in Empfang nahmen! Kein Zugänger gelangte damals, wochenlang in die streng abgeheirte Stadt hinein, um die Rationen nicht auf ein unerträgliches Hungertreiben herabdrücken zu lassen. Heute ruft man mit allen Hilfsmitteln der Klamme Güte jücherweise aus America, Europa und dem hier verhältnismäßig nahen Ozean herbei, und man rednet auf eine wahre Wälderflut bei der feillichen Eröffnung des Panamalanals. 28 000 Gebäude gingen 1906 in Flammen auf oder barsten auseinander und wurden vom Erdboden verschlungen. 20 500, oft unergleichlich umfassender und geräumiger, waren innerhalb dreier Jahre neugebaut.

Bei näherem Zusehen und längerem Verweilen spielt man jedoch recht deutlich, wie viele Wunden noch nicht geschlossen und geheilt sind. Zum Teil haben gerade die ertaunlichen Kraftleistungen in der innersten Zone des Stadtlebens vorläufig die weiter zurückliegenden Straßenzüge, die früher betriebliche Geschäftszentren bildeten, verlämmern lassen. Market Street und die nächsten Parallelen und Seitenstraßen sind fast ausnahmslos sofort mit Himmelskrakern und ähnlichen Kolossalhäusern für Läden, Bureaus, Banken, Rassen, Redaktionen überponnen worden. In diesen paar Zentralstraßen ist infolge dessen doppelt, drei- und mehrfach das untergebracht, was früher in den beschriebenen Gebäuden geschaftliche Unterkunft fand. Dafür ist aber das nächste Hinterland, das vor 1906 noch

über den 15. April hinaus, sollen sich die Parteien so verhalten, als beständen die Verträge noch. Das ist allerdings nur ein provisorisches Abkommen der beiderseitigen Verhandlungskommissionen; es ist aber anzunehmen, daß es auch von der Bundesgeneralversammlung gutgeheißen wird. Auf jeden Fall muß es von uns respektiert werden. Also nochmals: nicht unruhig werden, keine Disziplinlosigkeiten, kein Handeln auf eigene Faust, sondern mit Geheiß bei Fuß die Parole abwarten.

Keine Illusionen!

In einer Besprechung der letzten gescheiterten Verhandlungen meint die „Soziale Praxis“:

„Die Lage im Baugewerbe ist so ernst, daß unverzüglich ein Versuch gemacht werden muß, die in gegensätzlichen Richtungen sich bewegenden Parteien von ihren schroffen Extremen zu einer mittleren Linie zurückzuführen und durch Ausgleich der verschiedenartigen Forderungen eine neue, brauchbare Tarifvertraggrundlage zu schaffen. Hoffentlich befinden sich die Parteien auf die Erfahrungen des Jahres 1908 und die guten Dienste, die ihnen damals unparteiische Schiedsrichter geleistet haben. Auf ein Anerbieten amtlicher Friedensstiftung ist ja allem Anschein nach leider nicht zu rechnen.“

Das ist ein sehr wunderliches Versteht. Wie kann die „Soziale Praxis“ von „in schroffen Extremen festgefahrener Parteien“ reden, wo sich die eine Partei, nämlich die Arbeiterschaft, völlig in der Verteidigungsstellung befindet? In welchen Extremen aber soll sich die Arbeiterschaft festgefahren haben? Ist der „Sozialen Praxis“ etwa die Ablehnung der Maßregelungsabreden so extrem? oder die Ablehnung des heimtückischen Affordparagrafen? oder die Weigerung, das Tarifabgemach durch Vertrag von der vertraglichen Regelung auszuscheiden? So „extrem“ wird die Arbeiterschaft hoffentlich immer sein. Die Bemerkung der „Sozialen Praxis“ läßt vermuten, daß man bei den bürgerlichen Sozialpolitikern einen Vermittlungsversuch plant. Dagegen läßt sich an und für sich nichts sagen, aber das müssen die betreffenden Herren von vornherein wissen: In Sachen des Vertragsmusters gibt es nichts zu vermitteln, nichts auszugleichen. Die Vergewaltigungsanträge des Unternehmerbundes sind dem Grundsatze der Parität so zuwider, daß sich selbst das kleinste Entzügen davon nicht damit verträgt. Darum könnte eine Vermittlung zunächst nur die Aufgabe haben, die Unternehmer insoweit zur Vernunft zurückzubringen, daß sie ihre Vergewaltigungsanträge fallen lassen. Jeden „Mittelweg“, jeden faulen Kompromiß mit dem Gedanken der Autorität muß die Arbeiterschaft ablehnen. Man kann Kompromisse nach vornwärts schließen, aber nicht nach rückwärts, und jede Konzession an die Anträge der Unternehmer wäre ein Kompromiß nach rückwärts, wäre die Einwilligung in eine Verschlechterung, wäre das Aufgeben einer schon innegehabten Stellung. Dazu wird sich die Arbeiterschaft nicht bereitfinden lassen, sie führt keine Mächtigkeitsgehefte, sondern sie muß weiter, viel weiter, bis ihr ihr Recht geworden ist. Und darum würden sich die etwaigen Vermittler gefährliche Missionen machen, wenn sie eine Aktion unternehmen in der Hoffnung, die Arbeiterschaft würde einen Teil der umstrittenen Anträge der Unternehmer akzeptieren, wenn ihr dies etwa in einem Schiedspruch zugemutet würde. Dann noch ein Wort über die guten Dienste der Unparteiischen im Jahre 1908. Die Bauarbeiterhaft hat sie noch sehr wohl im Gedächtnis, aber wir reden die Unwahrscheinlichkeit, wenn wir sagen wollten, daß man über sie besonders begeistert wäre. Gewiß steckte viel ehrliches Wollen in den großen Bemühungen der betreffenden Herren, aber einen einzigen Pfennig Lohnserhöhung für vier Jahre — nein! das kann unsere Herzen nicht höher schlagen lassen. Und auch die schieds-

richterliche Tätigkeit bei der Bewegung im Malergewerbe ist nicht danach angetan, bei der Bauarbeiterhaft das Verlangen nach einer schiedsgerichtlichen Lösung der umstrittenen Fragen zu wecken. Bei den Vergewaltigungsanträgen des Unternehmerbundes muß, wie schon gesagt, jede Vermittlungstätigkeit verjagen; solche Skotten sucht man nicht mühsam zu entwirkeln, die durchhaut man.

In manchen Orten können die Unternehmer anscheinend den Ablauf des Vertrages nicht erwarten, um mit der Aussperrung beginnen zu können. So sperren die Unternehmer in Burg auf Fehmarn (Gau Rüdow) schon am 12. März alle organisierten Maurer aus. Dies ist ein offener Vertragsbruch, der auch durch die Ausrede, es sei keine Arbeit mehr vorhanden, nicht beschönigt werden kann. Am 8. März hatte auf Veranlassung der Unternehmer eine Verhandlung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Unternehmer, sie seien Mitglieder des Bundes, dessen Beschlüsse für sie maßgebend seien. An eine Lohnserhöhung wäre in den nächsten zehn Jahren nicht zu denken. Als unsere Kollegen erklärten, ohne Lohnserhöhung würde es wohl nicht zum Abschluß eines Vertrages kommen, da sagte der Unternehmer J. Hammer: „Nun, dann machen wir es so wie vor zwei Jahren und schließen die ganze Gesellschaft raus!“ Damit hat man nun nicht bis zum Ablauf des Vertrages am 31. März gewartet, sondern die Aussperrung sofort folgen lassen. Zugang ist deshalb auf das strengste fernzuhalten.

Die Oldenburger Unternehmer lassen Vorsicht walten; sie haben bereits allen Maurern, Zimmernern und Bauhilfsarbeitern, soweit die Kündigungsfrist besteht und soweit sie Verbandsmitglieder sind, zum 1. April kündigt. Motiviert wurde das Vorgehen damit, daß der Wind von Oben gekommen wäre. Also die Getreuen sollen, wie wir schon in der letzten Nummer andeuteten, bei der Arbeit bleiben. Wir sehen hieran, daß die Unternehmer den Kampf wollen; mögen sich die Kollegen allerorts darauf einrichten, der Ernst der Sache erfordert es.

Der Wahlrechtentwurf nach der dritten Lesung.

Am 16. März hat das preussische Abgeordnetenhaus die Wahlrechtvorlage in dritter Lesung angenommen, nicht etwa das Nachwort der Regierung, sondern ein noch viel schärferes Scheusal, so vorfindlich, wie es kaum ein Bestmann Hollweg verantwortet hätte. Nach den preussischen Verfassungsvorschriften muß nunmehr binnen 21 Tagen nach der dritten Lesung eine wiederholte Abstimmung stattfinden, worauf das Gesetz an das preussische Herrenhaus gelangt. Wendet das Herrenhaus etwas an dem Gesetz, so kann sich das Abgeordnetenhaus entweder diesen Beschlüssen anschließen oder es beschließt seinerseits anders, worauf das Gesetz so lange zwischen beiden Häusern hin- und herwandert, bis übereinstimmende Beschlüsse erzielt sind. Dann steht dem König noch immer das Recht der Sanction (Genehmigung) oder Verwerfung zu. Eine Ausübung dieses letzten Rechtes dürfte nach parlamentarischer Voraussicht in diesem Falle ausgeschlossen sein; denn einmal hat sich die preussische Regierung mit ihrer Wahlrechtvorlage völlig in die Hände der Landtagsmehrheit gegeben und damit für Preußen das parlamentarische Regime etabliert, und dann hat der preussische Ministerpräsident auch bereits die Zustimmung der Regierung zu den Landtagsbeschlüssen erteilt. Die Resignation der Regierung ging sogar so weit, daß der Geheimrat v. Falkenhayn in dritter Lesung ausdrücklich das Abgeordnetenhaus davor warnte, den Motiven der Regierungsvorlage, also der Begründung derselben, noch irgendwelche Bedeutung bei-

zugeben. Dafür also hat die Regierung jahrelange Vorbereitungen nötig gehabt, umfangreiche Maßnahmestellen veranfaßt und veröffentlicht und mit ihrem Entwurf und dessen Begründung den Hohn des preussischen Volkes herausgefordert, um das alles jetzt unter den Fuhrtritten der Mehrheitspartei auf den Schindanger zu werfen. Eine Regierung, die sich in solcher Weise selbst desaboniert, hat keinerlei Grundsätze und Ideale zu verteidigen, die das Sanktionsrecht der Krone angehen. Höchstens könnten Erwägungen, die außerhalb der Sphäre des Parlaments liegen, Notwendigkeiten, die von sehr realen Maßfaktoren außerhalb des preussischen Landtages diktiert werden, die Regierung oder Krone noch in letzter Stunde vielleicht veranlassen, dem zustande gekommenen Nachwort die Zustimmung zu verweigern.

Diese Maßfaktoren hat die Landtagsmehrheit bei ihren bisherigen Beschlüssen absichtlich ignoriert. Herr v. Seydebrand erklärte bei der dritten Lesung des Entwurfes:

„Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das, was hier beschlossen werden wird, ganz gewiß nicht überall Beifall finden wird. Wir sind ganz sicher, daß die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preussische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen her kennen, mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Am allermeisten sind wir aber davon überzeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird. Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. Und es beunruhigt uns daher, daß diese Anerkennung dem Werke nicht zuteil wird.“

Der Führer der preussischen Junkerpartei weiß also sehr gut, daß die große Masse, die Mehrheit des preussischen Volkes, nicht hinter den Beschlüssen des Landtages steht. Er ist cynisch genug, auf den Beifall der Massen, auf ihre Anerkennung zu pfeifen — ja, er rühmt sogar die Mißachtung dieser Volksmehrheit als eine vaterlandsverrätende Tat! Es bleibt abzuwarten, ob die übrigen Faktoren der preussischen Gesetzgebung ebenso denken. Herr v. Bestmann Hollweg hat dem Landtagsprodukt bereits zugestimmt; er übernimmt damit zugleich die Verantwortlichkeit für die Motive der Verfasser desselben. Vom Herrenhaus ist eine andere Würdigung der Volksmehrheit nicht zu erwarten — der König indes wird sich zu entscheiden haben, ob Hof und Keisige allein seinen Thron stützen sollen, oder ob auch der freie Mann im Vaterland noch etwas gilt. Herr v. Seydebrand und Herr v. Bestmann Hollweg, die der Mehrheit des preussischen Volkes so dreist den Willen einer kleinen Minderheit entgegenstellen, dürften wahrscheinlich sehr erstaunt sein, wenn diese Volksmehrheit den Herren wahrnehmbar machen würde, daß sie für die Gegenwart und Zukunft Preußens doch wohl ein ausschlaggebender Faktor ist als das preussische Junkertum mit samt seinem verbündeten Pfaffenanhang! Es bedarf nur noch solcher dreister Provokationen wie der Landtagsbeschlüsse dritter Lesung und solcher nichtsnutziger Herausforderungen des Volkes, wie der Reden der Seydebrand-Zedlitz-Nichtshofen, um die große Masse zu Schritten hinzureißen, die für Preußens Industrie und wirtschaftliche Wohlfahrt von tief einschneidender Bedeutung werden können. Dann dürfte sich — zu spät! — herausstellen, auf wessen Schultern die Zukunft Preußens ruht.

Die Landtagsbeschlüsse dritter Lesung haben die Situation der preussischen Wahlrechtfrage völlig umgewandelt. An die Stelle der direkten und öffentlichen Wahl der Wähler ist die indirekte, aber geheime Wahl ge-

für Läden und Kontore mit beansprucht wurde; zunächst für die gleichen Zwecke entschädigt gemacht; und für Wohnungsbauten ist es, in dieser Lage und bei den überhöhten Bodenpreisen, erst recht nicht geeignet. So findet man denn, nur drei bis vier Blocks abseits des verbliebenen Citybezirks, nach wie vor weiße tote Emden. Verfallene, allmählich vom Unkraut grün überwucherte Grundmauern, vom rasenden Feuer verborgene, mitunter zu förmlichen Schleißen und Knoten verbogene, vom Wetter verwitterte Eisenträger und Fachwerkgertippe, isolierte massive Steinportale und Säulenportale, zerlegte Treppenaufgänge, die plötzlich in der freien Luft, wie vor einem Abgrund, enden — sie alle legen Zeugnis dafür ab, daß die Stadt noch immer toten Straßen bereift mit Recht einen Hangpöhlen Namen hatten.

Auch oben auf der „Kalifornia“-Hügelallee, wo die bewußten Paläste der Rabobs sich hinzogen, liegt fällt alles noch verlassen und verfallen da. Die alten Millionärshäuser waren durch ihre Vergangenheit, durch ihr ganzes Emporkommen mit dem Lande und der Stadt am Stillen Ocean verbunden. Nachdem das frühere Band der Unmöglichkeit durch elementare Ereignisse plötzlich durchschnitten wurde, erscheint ihnen das Leben in Paris, an der Riviera, in Ägypten oder in Neuport und Washington fremdartiger. Ein großer Teil wird kaum jemals nach dem unheimlich „wilden“ Westen zu dauerndem Aufenthalt zurückkehren.

Schließlich darf man nicht vergessen, daß weite Bevölkerungsteile während der Zwischenjahre neue Wohnheime und sogar neue Geschäftszentren in den entworfenen vom Erdbeben und Feuer verschonten oder rasch neu emporgewachsenen Außenbezirken San Franziscos suchten und fanden. Monatlang hatte man in den inneren

Vierteln nur niederzureißen, den Schutt aufzuräumen und die Straßen freizulegen. Inneres mußten jenseits der Feuerzone massenhaft neue Unterkunftsräume für Familien und Geschäfte empor. Ganze Stadtteile, wie Richmond, verdanken diesem großen Anzug ihr Entstehen. Alle Wohnstraßen, wie Van Ness Avenue und Fillmore Street, wandelten sich zu jungen, vollkommenen Geschäftsstraßen um, da vor zwei oder drei Jahren an große Cityblöcke doch nicht zu denken war. Vieles davon ist natürlich nunmehr downtown (nach der inneren „Stadt“) zurückgefallen, und Van Ness Avenue sieht deshalb, wie nach einer schweren Wirtschaftskrise, augenblicklich häufig bankrott aus. Andererseits haben sich viele Geschäfte in der späteren neuen Umgebung fest eingebürgert; sie verzichten auf die Straße nach den alten Standorten, und daraus erklärt sich gleichfalls manche Wüde im Stadtbinnen. Auch Fabriken und Werkstätten konnten nicht drei Jahre lang warten; sie fanden oder schufen sich neue Räume und Anlagen in entfernteren Außenbezirken und haben nicht selten gar keinen Anlaß, die alte Wirkungsstätte wieder zu bevorzugen. Besonders nach den östlichen Werften hinüber bemerkt man den Einfluß dieses industriellen Fortschritts ganz greifbar; erst das zünftige allgemeine Wachstum San Franziscos wird hier ausreichenden Erfolg gewöhnen. Noch mehr gilt ähnliches von vielen Familien, die einst mehr nach den Stadtinnern zu wohnten. Bei den ausgezeichneten Straßenbahnverbindungen und den landwirtschaftlichen Meizen gerade der Außenbezirke San Franziscos haben diese Kreise gleichfalls das Bedürfnis nach einer Rückkehr in die alten Wohnviertel verloren. Selbst fremde Gemeinden, wie drüben über der Bai Oakland, das seinen eigentlichen Aufstieg erst vom Erdbeben an datiert, haben dauernd Unternehmungen und Privat-

personen an sich gezogen. Tausende von Männern und Frauen, die in San Francisco tagsüber beruflich tätig sind, wohnen nunmehr jenseits der Bai, kommen morgens mit dem Dampfboot herüber und fahren nachmittags mit der Ferry zurück. Aus allen diesen Gründen bietet die City noch immer den eigentümlich befremdenden Gegensatz: taumelnder Fortschritt und Verjüngungsprozess in bestimmten Zentralstraßen, und gleich dahinter noch breite Striche der Kirchhofstraße, des Stilllandes und sogar des fortschreitenden Verfalls.

Doch das Wachstum der Bevölkerung, der Industrie und des Handels wird hier ganz von selber die Heilung bringen und die letzten Schönheitsfehler beseitigen.

Und noch eins, um das Bild des Aufstiegs zu vollenden: Keine Klasse hat sich in den letzten Jahren so machtvoll gehoben, wie infolge ihrer ausgezeichneten gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiter San Franziscos. Sie waren unentbehrlicher denn je; in ihren Wohnen und in ihrer ganzen Lebenshaltung ist das entsprechende zum Ausdruck gelangt. Als Krönung aller Keislerfolge darf man die letzten Gemeindevahlen vom November ansehen. Das „Viertel“ (die Kardinalenliste) der Union siegte auf der ganzen Linie. Der neue Bürgermeister ist der langjährige Führer der Baugewerkschaften. Die neuen Stadträte sind vorwiegend erfahrene Gewerkschaftsbeamte.

Gerade nach dem Aufstellungsbeschlusse findet diese Arbeiter-Stadterhaltung die denkbar größten Aufgaben vor. Hoffentlich erfüllt ihre (zweijährige) Tätigkeit die Erwartungen, die weit über die eigentlichen Arbeiterkreise hinaus von den Wählern San Franziscos in sie gesetzt wurden.

treten. Die letztere beschränkt sich aber auf die Irwähler; die Wahlmänner haben den Abgeordneten nach wie vor öffentlich zu wählen. Das Dreiklassenystem soll erhalten bleiben. Die Vorschläge der plattformartigen Erklärung, die der Vorschlag der Regierung bringen sollte — durch Maximierung der anzunehmenden Steuerleistung auf 5000, ist vom konserverativen ultramontanen Wahlrechtsklub umgeworfen worden: Die Maximierung wurde auf 10 000 erhöht. Von den zahlreichen Vorschlägen des Regierungsentwurfs, die eine Erhöhung von Wählern dritter Klasse in eine höhere bezweckten, hat das Abgeordnetenhaus keinen einzigen beantragt. Wohl aber hat es an Stelle des Einjährig-freiwilligen-Privilegs und des Doktorprivilegs ein Abiturientenprivileg geschaffen, das den Inhabern des Reifezeugnisses ein Wahlrecht zweiter Klasse verleiht. Das Abiturium wird gemeinsam im Alter von 17 bis 18 Jahren erworben. In diesem Stadium der Entwicklung eines männlichen preussischen Staatsbürgers entscheidet es sich, ob er wenigstens zweiklassig wird oder ob er ewig verdammt sein soll, zur Klasse der Entrechteten zu zählen. Wer nicht zwei Jahre die Reife einer höheren Unterrichtsanstalt besuchen konnte, scheidet von vornherein dabei aus — wer sich aber dank vermöglicher Eltern diese bezugsfähige Qualifikation erwirken konnte, und wenn es dann noch gelingt, eventuell mit Hilfe der beliebigen Preußen, die Reifeprüfung zu bestehen, der hat erreicht, was Millionen unerreichtbar bleibt. Er rückt in die Reihen der „staatsrechtlich“ Klassen, die das preussische Junkerregiment stützen helfen dürfen.

Die Drittelung nach Irwählerbezirken bleibt erhalten, trotz aller Anstrengungen der Nationalliberalen, sich durch Drittelung der ganzen Wahlkreise an den Irwählern schaden zu lassen für das, was ihnen an anderer Stelle verloren geht. Die Irwahlen sollen für Orte bis zu 3000 Einwohnern nach Terminswahlen vorgenommen werden. Das bedeutet Arbeitszeiterlust für die Wähler, aber auch Illuzionsmachung, der geheime Wahl, für deren Sicherung nicht die mindesten Garantien gefordert oder geschaffen wurden. Bei der Terminswahl müssen alle Wähler zur gegebenen Stunde anwesend sein und so lange anwesend bleiben, bis der Wahlakt erledigt ist. Sie müssen ihr Votum gleichsam „vor versammelter Mannschaft“ abgeben, und wer da weh, welche Wahlbeeinträchtigungen selbst beim Reichstagswahlrecht noch versucht und häufig auch erfolgreich durchgeführt werden, der kann sich einen Begriff davon machen, wie es auf preussischen Gütern und Dörfern bei einer „geheimen“ Irwählerwahl zugehen mag! Das „geheimen“ Wahlrecht ist damit für die Landarbeiter und kleinen Leute auf dem Lande tatsächlich ausgeschaltet, nachdem es schon durch die Verbindung mit der indirekten Wahl wertlos gemacht worden ist.

So sieht das Monstrum aus, das nach den Landtagsbeschlüssen dritter Lesung und nach dem Willen der Regierung jetzt Gesetz werden soll. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Freijünglichen, Nationalliberalen und Bolen sowie einiger konserverativer Gegner der geheimen Wahl wurde diese Vorlage mit 230 gegen 168 Stimmen angenommen. Hinter den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses stehen nur etwa drei Axtel der preussischen Irwähler — auf Seiten der unterlegenen Minderheit steht die große Mehrheit der Wähler und die weit aus große Mehrheit des preussischen Volkes.

So liegen die Verhältnisse, unter denen die preussische Regierung dem Volke ein Wahlgesetz aufzwingen will, das von diesem verabschiedet und mit Entrüstung zurückgewiesen wird. In allen Städten und Industriebezirken Preußens sind die Volksmassen in Bewegung geraten. Öffentliche Versammlungen, Straßendemonstrationen und Massenmeetings wechseln miteinander ohne Unterlaß ab und bereits hat das Eingreifen der Polizei zu den bestlagenswertesten Zusammenstößen geführt, bei denen Blut geflossen ist. In einigen Industriebezirken drohen die Arbeiter mit dem Massenstreik — in Kiel ist es bereits zu einem Demonstrationstreik gekommen. In allen Ecken des preussischen Staates gärt und brodelt es wie in einem Öfenkessel — eine fürchterliche Menge von Erbitterung über das Vorgehen der Regierung und Landtagsmehrheit hat sich aufgeschauelt. Es bedarf nur des letzten Funken in diese Zündmasse und Preußen steht vor unabsehbaren Katastrophen. Das sollten alle die erkennen, die auf das Staatsfeuer noch einigen Einfluß haben, vor allem die Krone, die das Staatsschiff einem so unfähigen Staatsmann anvertraut hat. Selbst ein Rosadovsch hat in diesen Tagen warnend seine Stimme erhoben und auf die bedrohlichen Konsequenzen der preussischen Wahlrechtspolitik für die Sicherheit des Deutschen Reiches hingewiesen. Auch die ausländische Presse sieht Preußen bereits am Vorabend einer Revolution und findet das Verhalten der Regierung dem Volke gegenüber geradezu wahnwitzig. In der Tat muß man an der ruhigen Lieberlegung der Staatsmänner zweifeln, die Deutschland

seit Jahrzehnten durch Heeres- und Flottenrüstungen sowie durch großmachtpolitische Ansprüche von allen guten Freunden glückselig isoliert haben und die nun auch in eigenen Lande die große Masse des Volkes für die Zukunft zu entbehren vermeinen. Glaubt denn die Regierung etwa, daß die Junker und Pfaffen ihre Schlachten schlagen, wenn das Vaterland in Gefahr ist? Die preussischen Junker waren vor 104 Jahren die ersten, die ihr Vaterland an den „Erzfeind“ verrieten. Ihre die „große Masse“ der Besitzlosen wäre es niemals wieder deutsch geworden. Und dieser Junctum läßt noch heute wie ehedem seine Herrschaft in Preußen aus, zum Verhängnis des deutschen Volkes. Aber das Volk ist reifem langsam mündig geworden. Es fordert seinen gerechten Anteil an der Leitung des Staatswesens, und seine Macht der Welt ist insichende, es wider in der Erleuchtung im Jahrzehnte zurückzuführen. Die Wahlrechtsbewegung ist in launigenartigem Vorwärtsschreiten begriffen. Sie erfährt bereits die Landbevölkerung ist bis tief in die Kreise der christlichen Arbeiterklasse hineingedrungen und schon schließen sich ihre wachsende Reihen des Bürgertums, der Angestellten und der bürgerlichen Intelligenz an. Kein Wahlrechtsmonstrum kann diese Bewegung zum Stillstand bringen — kein Verharmlosungsweg wird dem Lande die Ruhe zurückgeben können. Nur eins ist insichende, das Volk mit Vertrauen zu erfüllen und die öffentliche Wohlfahrt vor schweren Katastrophen zu bewahren:

Die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Baufonjunktur und Arbeitsmarkt. — Die Hamburg-Amerika-Linie. — Der Fleischkonsum im Jahre 1909.

Daß wir trotz solcher bereitgestellten Schwankungen aber im allgemeinen doch im Reichen des allmählichen wirtschaftlichen Aufstieges stehen, das beweisen uns auch die Betriebsergebnisse unserer großen Reedereien im letzten Jahre. Die Hamburg-Amerika-Linie berichtet über einen Betriebsergebnis von 33,04 Millionen Mark gegen nur 15,85 Millionen für das Jahr 1908. Während 1908 mußte eine große Anzahl von Schiffen stillgelegt, im Laufe des Jahres 1909 konnten diese alle wieder in Dienst gestellt werden, so daß gegenwärtig kein Saum der Hamburg-Amerika-Linie wegen Mangels an Beschäftigung aufliegt. Die Gesellschaft verteilt eine Dividende von 6 pzt. und verwendet nicht weniger als 20,37 Millionen Mark zu Verschreibungen von Werken der Schiffe, zur Dotierung des Erneuerungsfonds sowie zur Schaffung eines bis jetzt noch nicht existierenden Konkurrenzampfons, das zunächst mit 2 Millionen Mark dotiert wird. Dieses Konto soll zum Ausgleich der durch die unermesslichen Konkurrenzkämpfe entstehenden Verluste verwendet werden. Durch diese neue Reserve wurde das jeweilige Jahresergebnis von dem Zufall eines Konkurrenzkampfes auf einer einzelnen Linie unabhängiger gemacht und zugleich die Stellung der Gesellschaft den Gegnern gegenüber gestärkt. Der Bericht über die einzelnen Linien der Gesellschaft ergibt eine fast allgemeine Zunahme der Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte und spiegelt so die Erholung am Weltmarkt deutlich wieder. Die Gesellschaft, die beim Ausbruch der wirtschaftlichen Krise den Ausbau ihrer Flotte ganz eingestellt hatte, hat im Jahre 1909 wieder Schiffe in Auftrag gegeben, und zwar vier Frachtdampfer von je 12 000 Tons Tragfähigkeit und einen überaus großen Passagier- und Frachtdampfer, dessen Brutto-Raumgehalt auf jetzt 38 000 Tons geschätzt wird, außerdem einen Rhein-Seedampfer. Der große Dampfer wird das größte Schiff werden, das die Gesellschaft besitzt, denn das gegenwärtig größte, die „Kaiserin Augusta Victoria“, mißt nur 24 581 Brutto-Registertons. Die Anzeichen, daß die Steigerung der Warenpreise im Jahre 1909 auf die Entwicklung des Konsums ziemlich ungenügend eingewirkt habe, mehrten sich, je mehr wir mit Hilfe der Statistik die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1909 zu verfolgen vermögen. So ergibt sich auf Grund der Statistik der Vieh- und Fleischabsatz eine deutliche Abnahme des Fleischkonsums im Jahre 1909. Zwar absolut hat die verbrauchte Menge noch zugenommen, und zwar von 2 535 649 Tonnen Fleisch im Jahre 1908 auf 2 561 783 im Jahre 1909. Berücksichtigt man aber den Bevölkerungszuwachs, so kam auf den Kopf nur ein durchschnittlicher Fleischverbrauch, soweit er sich aus den gewöhnlichen Schätzungen berechnen läßt, von 40,20 Kilogramm im vorigen Jahre gegen 40,11 im Jahre 1908. Besonders hart hat der Verbrauch von Schweinefleisch, der namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung ins Gewicht fällt, zugenommen, und zwar von 21,00 im Jahre 1908 auf 21,89 Kilogramm pro Kopf im Jahre 1909. Bemerkenswert ist auch, daß der Fleischkonsum im ersten Halbjahre gegen 1908 noch stieg und daß er erst im zweiten Halbjahre infolge der steigenden Preise um so kräftiger abnahm. Die Durchschnittsberechnungen lassen ja nicht erkennen, in welchem Grade speziell die Arbeiterbevölkerung an dem Konsumrückgang partizipiert. Aber man wird ohne jeden weiteren Nachweis annehmen dürfen, daß der Rückgang in der Hauptsache nur die minderbemittelte Bevölkerung getroffen hat. Hier ist ja der Fleischkonsum pro Kopf wesentlich geringer, als es dem Durchschnitt für die gesamte Bevölkerung entspricht. Auch die Abnahme ist deshalb für die Arbeiterbevölkerung um so empfindlicher.

Berlin, am 13. März 1910. Rich. Calmer.

Die Auslassungen über Baukonjunktur und Arbeitsmarkt finden unsere Leser in dem folgenden Artikel. Wir können sie an dieser Stelle deshalb nicht bringen, weil Calmer unseres Erachtens durch Ungefährlassen wichtiger Momente zu unrichtigen Schlüssen führt, die nicht unüberprüfbar bleiben dürfen.

### Baufonjunktur und Arbeitsmarkt.

Unter diesem Rubrum macht Calmer in der für die Bauwirtschaftsbranche geschriebenen „Wirtschaftlichen Rundschau“ folgende Auslassungen:

„In der Bauwirtschaft des Baugewerbes werden gegenwärtig die Ansichten der Baukonjunktur im laufenden Jahre vielfach erörtert. Dabei stehen wir in einem Arbeitsmarkt, der auf Ausföhrungen, die die gegenwärtige Lage unterstützen zu optimistisch schätzen. Gerade zurzeit ist es aber im Interesse der Arbeiter besonders wichtig, sich über die tatsächliche Beschaffenheit der wirtschaftlichen Situation im Baugewerbe so genau wie möglich zu unterrichten und vor allem keinen unbegründeten Optimismus aufkommen zu lassen. Gerade aus diesem Grunde und weil die Auslassungen des Arbeitsmarktes auch in der Arbeiterpresse wiedergegeben worden sind, möchten wir an dieser Stelle auf einen besonders interessanten Passus hinweisen. Die „Baugewerks-Zeitung“ führt nämlich in einem Artikel „Zur Wirtschaftsfrage“ über den Stand des Arbeitsmarktes aus: „Bei nachlassendem Angebot hat die Zahl der offenen Stellen im ersten Monat dieses Jahres abermals merklich zugenommen, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem noch der Zeit der völligen Depression zugehörigen Monat Januar dieses (2) Jahres, sondern auch gegenüber dem Vormonat Dezember 1909; die Nachfrage nach männlichen Arbeitsskräften ist z. B. im Januar d. J. um nahezu 7300 oder mehr als 18 pzt. höher gewesen als im Januar v. J.“ Diese Zahlenangaben sollen auf den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise beruhen, in Wirklichkeit stehen sie aber mit diesen in starkem Gegensatz. Die offenen Stellen waren im Januar vielmehr merklich niedriger als im Vorjahre, während die Zahl der Arbeitssuchenden fast ebenso hoch war wie 1909. Daraus ergibt sich, daß die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1910 ungünstiger, und zwar wesentlich ungünstiger war als 1909. Während im Vorjahre auf 100 offene Stellen 441,4 Arbeitssuchende kamen, waren es im Januar d. J. 499,5. Die Verschlimmerung ist um so auffällender, als bis zum Dezember der Arbeitsmarkt sich recht günstig entwickelt hatte. Im Dezember stellte sich der Andrang auf 273,8. Die Verschlechterung ist nicht überall eingetreten, aber doch überwiegend die Banbestelle mit ungenügenden Notizen. Woher diese ganz sonderbare Verschlechterung gegenüber dem Monat Dezember rührt, das zu erörtern, würde hier zu weit führen und könnte auch nicht mit Bestimmtheit aufgeklärt werden. Jedenfalls aber muß der Behauptung widersprochen werden, daß im Januar d. J. der Arbeitsmarkt sich verbessert hätte. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Interessant ist auch die Verschlechterung für die einzelnen Berufe. Es betrug der Andrang im Januar:

	1909	1910
Maurer .....	322,40	477,20
Zimmerer .....	504,40	384,89
Maler .....	799,80	998,90
Glaser .....	474,10	295,02
Uebrige gelehrte Bauarbeiter .....	359,80	841,96
Bauhilfsarbeiter .....	275,73	239,55

So hat sich also die Marktlage im Vergleich zum Vorjahre für die Maler und für die Maurer ganz beträchtlich verschlechtert, während sich für die übrigen Berufe eine Besserung gegen Januar, aber keineswegs durchweg gegen Dezember 1909 ergibt. Im Februar dürfte allerdings das Bild sich schon wieder etwas zum Besseren geändert haben, aber auch nicht in einem Grade, der die Reaktion im Januar ausgleichend hätte.

Zu diesen Ausführungen Calmers ist zu sagen, daß man mit den hohen Zahlen vom Andrang der Arbeitssuchenden und den offenen Stellen an den Arbeitsnachweisen in Winter die Konjunktur im Baugewerbe nicht zu beurteilen vermag, wenn man nicht auch die Eigenart dieses Gewerbes berücksichtigt. Der Andrang der Arbeitssuchenden des Baugewerbes an den Arbeitsnachweisen wird im Winter viel weniger durch die gute oder schlechte Konjunktur, als durch das Wetter beeinflusst. Dies trifft ganz besonders auf die Maurer zu, deren Arbeit bei starkem Frost fast völlig ruht. Bei einem über vier Grad hinausgehenden Frost ist das Arbeitsleben für Maurer gewiss; denn dann liegen die Bauten still. Dazu kommt, daß die Mehrzahl der Maurer ihren Wohnort auf dem Lande hat. Treibt starker Frost ein und ist zu befürchten, daß die Bauten auf längere Zeit stillgelegt werden, dann warten nicht einmal die in Arbeit stehenden und nur wegen Frostes feiernden Maurer in den Städten auf Raumwärme, sondern sie suchen ihre Dörfer auf und warten dort so lange, bis ihnen die Witterung das Arbeiten wieder gestattet. Das gleiche trifft natürlich in verstärktem Maße auf jene Maurer zu, die beim Eintritt der kalten Arbeitslose sind. In strengen Wintern verweilen sie unter Umständen mehrere Monate auf dem Lande, wodurch natürlich der Andrang der Arbeitssuchenden an den Arbeitsnachweisen fast vermindert wird. Ist dagegen das Wetter so milde, daß die Arbeit im Baugewerbe seinen Fortgang nimmt, dann haben es die auf dem Lande wohnenden Maurer nicht nötig, wochen- oder monatelang in ihren Dörfern auf den Beginn der Bauzeit zu warten, sondern dann bleiben sie in den Städten und helfen dem Andrang der Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt und an den Arbeitsnachweisen zu bekämpfen. Daher kommt es auch, daß z. B. in Berlin während der letzten guten Konjunkturperiode der Mangel an Maurern in den Wintern, besonders in der Zeit nach Weihnachten, am größten war. Aber auch die in den Städten wohnenden arbeitlosen Maurer bleiben erfahrungsgemäß beim Eintritt starker Frostes, wenn selbst die eigentliche in Arbeit stehenden und nur wegen des Frostes feiernden Maurer zu Hause sind, bis zu Hause, weil ja das Arbeitsleben in solcher Zeit auch für sie völlig gewisslos wäre. Daraus erklärt es sich, daß im milden Winter selbst bei guter oder doch wenigstens auffälliger Konjunktur das Arbeiterangebot stärker sein kann, als in strengen Wintern bei schlechter Konjunktur, und daß umgekehrt bei schlechter Konjunktur in strengen Wintern die Zahl der offenen Stellen größer sein kann, als in milden Wintern bei aufsteigender Konjunktur. Da der Januar des vorigen Jahres sehr kalt, der dieses Jahres aber sehr milde war, so beweisen die Zahlen Calmers also durchaus nicht das, was sie beweisen sollen, nämlich daß

die Bautätigkeit im Januar dieses Jahres schlechter war als im Januar des vorigen Jahres. Ein zahlenmäßiger Beweis für die Verbesserung oder Verschlechterung der Baukonjunktur dürfte für die Wintermonate nur durch eine Zählung der in Arbeit stehenden Baubandwerker gegeben werden. Da unser Verband im Januar dieses Jahres keine Arbeitslosenstatistik mehr führte, können wir leider einen zahlenmäßigen Beweis gegen die Schlussfolgerungen Calvores nicht erbringen. Wir weisen aber darauf hin, daß unsere Statistik vom Jahre 1910 durch eine Gegenüberstellung des Januar- und Dezemberergebnisses eine sehr starke Abnahme der Arbeitslosigkeit ergibt. Im Januar 1909 waren von 148 674 befragten Maurern 46 707 oder 31,51 pSt. wegen Arbeitsmangels arbeitslos; im Dezember waren es von 160 785 Befragten 29 868, oder 18,6 pSt. Es war also im Dezember eine ganz erhebliche Besserung der Konjunktur gegen den Januar des vorigen Jahres zu verzeichnen. Wir können, wie gesagt, nicht zahlenmäßig nachweisen, daß die Besserung auch im Januar dieses Jahres angehalten hat, halten es aber für ganz ausgeschlossen, daß sie sich in dem dem Calvores angenommenen Grade verschlechtert haben würde. Die Zahlen für die Zimmerer, die nicht in dem Maße unter der Bitterung zu leiden haben wie die Maurer, zeigen denn auch eine deutliche Besserung des Arbeitsmarktes. Auch die uns aus dem Reich e gemachten Meldungen sprechen in den meisten Fällen von einer zu erwartenden weiteren Besserung der Baukonjunktur.

Nachdem vorstehendes bereits gedruckt war, erhielten wir die neueste Nummer der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, die eine recht interessante Schilderung der Baukonjunktur enthält. Zwar wird auch hier zunächst auf Grund des Andranges am Arbeitsmarkt von einer plötzlichen Reaktion in der Besserung der Bautätigkeit gesprochen; aber die dann folgende Schilderung der Bautätigkeit in den einzelnen Städten beweist das gerade Gegenteil, nämlich daß die Bautätigkeit gegen die Vorjahre fast überall eine Verringerung zeigt, die noch mehr, in die Erscheinung treten würde, wenn die Arbeit nicht mit Mühsal auf den bevorstehenden Kampf zum Teil künstlich zurückgedrängt würde. Wir lassen die Ansicht der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ wörtlich folgen:

**Beginn der Bauzeit.** — Einen eigenartigen Verlauf nimmt seit einigen Monaten der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe. Infolge der milden Winterwitterung und im Hinblick auf die Möglichkeit eines Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hat in den Monaten Dezember und noch im Anfang Januar eine teilweise ziemlich rege Tätigkeit stattgefunden. Dann aber trat, nach dem Andrang am Arbeitsmarkt, ein schiefes, eine fast plötzliche Reaktion ein, die noch nicht überstanden ist. Je schwerwiegender es wird, die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auszugleichen, desto ernster ist mit der Gefahr eines großen Lohnkampfes zu rechnen. Diese Möglichkeit bedrängt viele Bauunternehmer zur Zurückhaltung; man will abwarten, bevor man an die Erziehung von Neubauten geht, die mitten in ihrer Fertigstellung unter Umständen durch den Lohnkampf auf Wochen hinaus unterbrochen werden könnten. Diese abwartende Haltung, die sich in einzelnen Städten sehr deutlich bemerkbar macht, läßt den Beginn der Frühjahrszeit im Baugewerbe nicht in dem Grade zum Ausdruck kommen, wie es wohl sonst der Fall gewesen wäre. Auch die rege Tätigkeit in einem Teil der Wintermonate trägt dazu bei, die Belebung etwas abzuschwächen. In den Gegenden und Kläfen, wo ein Lohnkampf die Bautätigkeit nicht lahmlegen würde und wo während des Winters die übliche Ruhe trotz der milden Winterwetter herrschte, geht der Geschäftsgang im Baugewerbe in den letzten Wochen schon recht gering. Bemerkenswert ist gleich die Belebung im Osten Deutschlands. In Estlin und Gumbinnen ist die Bautätigkeit sowohl für private als für öffentliche Zwecke sehr lebhaft und verpricht auch rege zu bleiben. In Königsberg ist die öffentliche Bautätigkeit recht lebhaft, während allerdings die privaten Bauunternehmer noch zurückhalten. In Graudenz ist dagegen wieder die private Bautätigkeit sehr rege. Thorn, Schneidemühl, Posen berichten ebenfalls über eine betriebende Bautätigkeit. Nicht ganz so gleichmäßig gut wie in den genannten Landesteilen ist der Beginn der Bauzeit in der Provinz Schlesien. Zimmern wurde in Liegnitz, Grotzsch, Sierzberg lebhaft gebaut, und in andern Städten, wo die Bautätigkeit bisher noch zu wünschen übrig ließ, wurde die Inangriffnahme zahlreicher Bauten für den Monat März in Aussicht genommen. Weiter westlich weist besonders die Provinz Brandenburg schon eine rege Bautätigkeit auf; in Berlin und der weiteren Umgebung, in Frankfurt a. d. O., Cottbus u. a. nimmt die Bautätigkeit ebenfalls schon merklich zu. Überwiegend günstig ist die Entwicklung der Bautätigkeit im Königreich Sachsen; in Leipzig, Chemnitz, Plauen sind bereits zahlreiche größere Bauten in Angriff genommen worden, und nur die Gefahr eines Streiks resp. einer Aussperrung stört das freundliche Bild der diesjährigen Baukonjunktur. In Sachsen-Züringen hat die Frühjahrszeit zwar erst in langem Tempo eingesetzt, aber sie läßt sich doch schon zu befriedigend an, daß die Aussichten als günstig bezeichnet werden. Erfurt, Gotha, Nordhausen berichten über eine lebliche Bautätigkeit. Im westlichen Industriebezirk nimmt die Arbeitslosigkeit gegenüber den Vorjahren sichtlich zu. In Greifeld, Düsseldorf und anderen Orten ist eine Belebung im Baugewerbe unmerkbar. In Frankfurt a. M. zeigte sich dagegen noch wenig Leben. Befriedigend hat sich die Bautätigkeit im Königreich Bayern angestellt; aus München, Landshut, Nürnberg, Augsburg, Bad Reichenhall lauten die Berichte überaus günstig. Von mittlern bayerischen Plätzen ist borchheimlich Stuttgart zu nennen, wo die Bautätigkeit rege zu werden verpricht. Von bairischen Plätzen zeigt die Hauptstadt Karlsruhe bereits eine lebhafte Internernehmenslust an. Die angeführten Städte können natürlich das Gesamtvergn der Bautätigkeit in Deutschland nicht erschöpfend kennzeichnen, doch geht so viel aus der Uebersicht hervor, daß die Frühjahrszeit im Baugewerbe dieses Jahr zwar noch nicht in dem erwarteten Grade sich entfaltet hat, wie es der Fall wäre, wenn die Gefahr eines Lohnkampfes nicht bestände, daß

aber im allgemeinen doch die Voraussetzungen für eine lebhaftere Entfaltung der Bautätigkeit als in den letzten Jahren vorhanden sind. Anlässe der Besserung sind fast in allen Gebieten vorhanden, aber ihre Entfaltung ist zum Teil noch wesentlich gehemmt.

Wir sind überzeugt, daß die letzten Ausführungen der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ zutreffen. Durch sie wird auch das, was wir oben über die Gründe des stärkeren oder schwächeren Andranges am Arbeitsmarkt sagten, bestätigt. Daß an vielen Orten wegen der Gefahr eines großen Lohnkampfes mit der Arbeit noch stark zurückgehalten wird, ist der tatsächlichen Besserung der Konjunktur im Baugewerbe seinen Abbruch.

### Politische Umschau.

**Märzstürme. — Der Reichstag peitscht den Eit durch. — Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage. — Ein neuer Oldenburg-Standal im Reichstage. — Die Erledigung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Dreiklassenparlament. — Der Komodie währiger Schluß: Die Regierung unterwirft sich dem schwarz-blauen Bloß. Sie hat Wind gesät und wird Sturm ernten.**

Ein ungehobdiger Gefelle ist's, der Monat März, der nun seinem Ende entgegengeht. Er bringt uns des Frühlings Anfang und ein frühes Osterfest. Seine Stürme brausen über das Land; die rütteln und schütteln mächtig Strauch und Baum, daß in ihnen Saft und Kraft sich stärker regen und Knospen und Blüten treiben unter dem lodenden Strahl der Sonne. In Flur und Wald entfaltet sich das erste junge Grün, ein reines, schönes Hoffungsgrün. Möge es zusammen mit ungetriebem Schein des ewigen Lichts das Fest der Ostern schmücken, daß es sei ein edles, rechtes Frühlingsfest, allen Menschen zur Freude und zur Erholung von des Tages Drang und Kampf. Die Sonne scheint ja über Gute und Böse, über Gerechte und Ungerechte. . . . Unsere Leser merken wohl, es ist schon Osterstimmung über uns gekommen, eine Stimmung, die so gern einsig und allein im Geiste der Liebe und Versöhnung ihren Ausdruck finden möchte. Aber die rauhe Wirklichkeit mit ihren Lehren leidet das doch nicht. Sie hält in unserm Herzen nach den alten, heiligen Born wieder die finsternen Mächte, die unausgesetzt des Volkes Wohl und seines Rechts und seiner Freiheit spotten — den alten Haß wider die reaktionären Gewalten und ihre Bundesgenossen. Die kann nicht die Liebe, nicht der Geist der Versöhnung überwinden; des Volkes Grimm muß sie niederzukämpfen und geschnitten.

Diesen Grimm zu schüren und zu stärken, ihn zu entfesseln, daß er Richter und Befreier wird, dazu bedarf es nicht „agitatorischer Verheerung“ von seiten der sogenannten „Amfänger“. Dafür sorgen die Staats- und Gesellschaftsfaktoren, die Gewalten und Parteien, die reif sind zum Gericht, schon selbst. So haben sie denn auch die politische Osterstimmung „gut“ eingeleitet im Reichstage und im preussischen Dreiklassenparlament mit Akten der Ungerechtigkeit, der Annäherung, der Ueberhebung. Beide Parlamente sind in die Osterferien gegangen, aber viel Der Reichstag hatte in der Berichtswache noch den Etat in zweiter und dritter Lesung durchgepeitscht. Diese Leistung brachte er in vier Sitzungen fertig. Da spielte dann zunächst die elsaß-lothringische Verfassungsfrage erheblich in die Debatte hinein. Die erdrückende Mehrheit der reichsständischen Bevölkerung fordert, daß Elsaß-Lothringen zu einem selbstständigen Bundesstaate mit freierlicher Verfassung auf der Basis eines demokratischen Wahlrechts gestaltet wird. In dieser Frage hat sie die entscheidende Unterstützung von seiten der Sozialdemokratie. Es mag dahingestellt bleiben, ob es unter den obwaltenden Umständen möglich ist, aus Elsaß-Lothringen eine Republik zu machen. Aber es muß als das mindeste verlangt werden, daß das künftige Parlament des Reichslandes keine andere Grundlage als das Reichstagswahlrecht erhält. Diesen Standpunkt vertraten energisch die Redner der Sozialdemokraten und der Freisinnigen. Auch die Nationalliberalen meinen, daß man um die Forderung des Reichstagswahlrechts für die elsaß-lothringische Verfassung „nicht herumkommen“ werde. Die Heiterkeit der Linken erregte es, als ein der Zentrums-partei angehöriger Abgeordneter, Dr. Bondersee, verkündete, daß seine Partei — dieselbe Partei, die im preussischen Abgeordnetenhause das Volkswahlrecht schände vertrat hat — dunklen im Elsaß „an der Forderung des Reichstagswahlrechts festhalten“ werde. Als ob das Zentrum den Glauben an seine politische Ehrlichkeit nicht selbst gründlich zerstört hätte! Der Reichskanzler gab die Erklärung ab: Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die nun schon drei Jahrzehnte währende Stagnation der reichsständischen Verfassungsfrage dem Lande nicht zum Segen gereicht habe, und bauend auf die Loyalität und die staatsstreue Gesinnung der reichsständischen Bevölkerung, habe er einen Gesetzentwurf auszuarbeiten lassen, der sich der Neubildung der elsaß-lothringischen Verfassung zur Aufgabe gemacht habe. Die Novelle sei bereits fertig-

gestellt, Einzelheiten könne er aber nicht mitteilen, ehe nicht der Entwurf den Bundesrat passiert habe.

Davon, ob der Entwurf den Reichslanden das Reichstagswahlrecht bringen werde, sagte Herr v. Bethmann-Hollweg nichts; es scheint aber nach verschiedenen Mitteilungen, daß er den Vorschlag dieses Wahlrechts nicht entfallen wird.

Es folgten dann weitere Debatten über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Der sozialdemokratische Antrag nach Einführung der Ministerverantwortlichkeit im Reich und nach Schaffung eines Staatsgerichtshofes, vor den der Reichskanzler eventuell gestellt werden könnte, fand eine Mehrheit, freilich nur infolge des Umstandes, daß die Rechte bei der Abstimmung sehr schwach vertreten war. In der nächsten Sitzung kam es zu einem neuen Oldenburg-Standal. Der brutale und freche Junker von Januschau, der erst kürzlich die Würde des Reichstages so schwer verletzt hat, provozierte Szenen, die ohnegleichen in der Geschichte der deutschen Volksvertretung sind. Gegenüber den freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Meinigen und Kaufmann und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Moske sprach er die infame Befehdigung aus, daß sie „in persönlichen Sachen einen Ehrenstandpunkt überhaupt nicht haben“. Die darob auf der Linken entstandene Entfaltung wurde noch verschärft durch das unqualifizierbare Verhalten des gerade die Verhandlungen leitenden ersten Vizepräsidenten Dr. Spahn. Da er seiner Pflicht, dem frechen Januschauer sofort einen Ordnungsruf zu erteilen, nicht genügte, so wurde diese Maßregel von der Linken stürmisch verlangt. Herr Spahn mußte von der Mehrheit des Hauses erst gezwungen werden, der Geschäftsordnung Rechnung zu tragen, nachträglich den Ordnungsruf zu erteilen. Aber er tat das in einer höchst sonderbaren Weise, indem er spöttlich sagte: „Ich habe an sich gar nichts dagegen, einen Ordnungsruf zu erteilen“, nachdem selbst seine eigenen Parteifreunde und die Nationalliberalen diese Disziplinierung des Januschauers verlangt hätten.

Das war des neuen Oldenburg-Standals erster Teil. Der zweite Teil folgte im Fortgang der Debatte gleich hinterher. In die Enge getrieben von den Rednern der Linken, mußte sich der Januschauer ferner anerkennen, als im Tone despötlischer Frechheit den Abgeordneten Müller und Kaufmann zuzurufen, daß er ihnen außerhalb des Hauses zur Verfügung stehe! Das war eine nach bekanntem Offiziers- und Studentenkomment unzweideutige Herausforderung zum Duell, die natürlich wieder einen Entlassungssturm hervorrief, von dem amtierenden Präsidenten Graf Schwerin-Löwitz aber als eine „ganz harmlose“ (III) aufgefaßt wurde. Der junkerliche Müpel erhielt keinen Ordnungsruf! Als dann aber der Abgeordnete Kaufmann in gewedter Empörung die Provokation des Januschauers ein „wirdeloses Verhalten“ und eine „Kinderei“ nannte, ihm vorwarf, daß er den parlamentarischen Ton verlor, und ihn schließlich als einen vom gesellschaftlichen Verkehr ausgeschlossenden „Don Quichotte“ bezichtigte, schlenkerde der Präsident gegen Herrn Kaufmann einen Ordnungsruf! Der Reichstag dürfte sich mit dieser Art Handhabung der Geschäftsordnung noch nach den Osterferien, die bis zum 12. April dauern, zu beschäftigen haben. Das Verhalten des Januschauers hätte nicht nur Ordnungsrufe, sondern die Anhebung des schärferen Mittels erfordert, daß die Bestimmung des § 60 der Geschäftsordnung an die Hand gibt: „Im Falle gütlicher Verlegung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden! Größlicher und niederträchtiger als der Junker von Januschau hat noch niemals ein Abgeordneter im Reichstage die Ordnung verletzt. Aber unter dem schwarz-blauen Präsidium scheint diese Sorte von „Volksverletern“ dort ein Privileg auf Unberücksichtigung zu genießen.

Nach der Vertagung zu den Ferien ging dem Reichstage noch der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zu, mit dem wir uns demnächst kritisch befassen werden.

Bevor sich im Reichstage der neue Oldenburg-Standal abspielte, hatte das preussische Abgeordnetenhause in stiegender Eile unter Verzwaltung der Minorität die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage erledigt. Es kam auch hier zu Standal- und härteren bis her nicht erlebter Eitel. Der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht bewirkte durch seine äußerst scharfe Kritik (er nannte u. a. das Dreiklassenparlament, der Wahrheit entsprechend, eine Schacher- und Trödelbude), daß die schwarz-blauen Mehrheit ihn niederbrüllte und nicht übel Lust zeigte, ihn tödlich anzugreifen. Das Resultat der Beratung war, wie erwartet worden, daß Herr v. Bethmann namens der Regierung das Volks-

verräterische Konvention-Herzliche Kompromißannahme. Die Regierung hat also Ordre pariert, sich dem schwarz-blauen Bloß unterwerfen, während noch einmal in ganzen Lande millionenfach des Volkes Ruf nach Gerechtigkeit erkante. Aber Gerechtigkeit in Preußen unter der Herrschaft der Reaktionsgewalten, deren Hundeschnosfen Junfer und Pfaffen sind — wie wäre da Gerechtigkeit möglich! Das Volk wird das neue erkende Wahlrecht bekommen; aber es wird dieses Recht nicht ertragen. Keine Ruhe in der Wahlrechtsfrage wird es geben. Der Kampf um das demokratische Wahlrecht wird in stetig verstärktem Maße fortbauern, bis es erzwungen ist. Eine Antwort auf die Leistung des Dreiklassenparlaments hat das arbeitende Volk Berlins bereits gegeben am 18. März, dem Jahresstag des Revolutionsmärz von 1848. Gewaltige Massen fanden sich im Friedrichshain an den Gräbern der Freiheitskämpfer ein mit überaus zahlreichen Kranzbinden, deren Inschriften zumeist auf den Wahlrechtskampf gerichtet waren. So folgende:

Es braucht ein Aufwärts Land einher:  
Wir wollen keine Knechtschaft mehr!  
Frei und frei und frei die Freiheit Saal.  
Der Deutschen Volk steht auf zur Tat.  
Es flatter hoch das Schampanier:  
Das freie Wahlrecht fordern wir!

Und:  
Das freie Wahlrecht zu erlangen,  
Fortan jetzt unsere Lösung sei!  
Es mög in alle Sitten dringen:  
Wieder mit Junfer und Klerikal  
Recht das Despotenoch zeitwei.

So klingt es mächtig aus der Volksseele. Ein neuer Ufer ist angebrochen, und die Herzen vom preußischen Regiment mögen sich gefügt sein lassen:

Am Jouis, Ihr Herren, kein Gatten nicht,  
Ihr sprecht den Heng zum Winter nicht,  
Und hat einmal das Eis gefracht,  
So glaubt mir, daß es auch gebrechit.

Wie in Preußen, so kämpft auch das Volk in Braunschweig für ein gerechtes Wahlrecht. Dort ist die Rechtfertigung des Volkes noch größer als im Junferstaate. Dieser Volkskampf hat nun ein recht hartes Opfer gefordert. Unser Verbandskollege August Wesemeier, Redakteur des Braunschweiger Parcellblattes, ist wegen Verleumdung des leitenden Ministers v. Otto, eines glatzjüngigen Reaktionsbösester Sorte, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil ist furchtbar hart; aber die Sache des Volkes marschiert trotz alledem.

**Maurerbewegung.**

**Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.**

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

**Deutschland:**

**Maurer:**

- Schleswig-Holstein:**  
Burg a. Fehmarn (Aussperrung), Bramstedt (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);
- Mecklenburg, Lübeck:**  
Lübeck (Sperrung über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Müdel und Behrens);
- Brandenburg:**  
Sandau a. d. Elbe (Aussperrung);
- Pommern:**  
Podejuch (Streik), Stettin (Sperrung über das Betongeschäft von Reinke & Co.), Treptow a. d. Rega (Sperrung über J. König), Barth (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Ebert-Dangarten, in Langenhanshagen), Neustettin (Differenzen mit Patzwald), Bublitz (Differenzen);
- Ost- und Westpreussen, Posen:**  
Gulmsse (Streik), Marienwerder (Sperrung über Knack in Beckermühle), Danzig-Praust (Sperrung über die Betonbaufirma Drenehahn & Sandhop aus Braunschweig), Kempelburg (Differenzen);
- Königr. Sachsen:**  
Leipzig (Sperrung über Winkler, Kleinzscheocher, Ecke Militäer- und Eythraerstrasse), Borsdorf (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), Zittau (Sperrung über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberriedersdorf (Sperrung über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperrung über Köhler), Lengsfeld (Sperrung über Schetlich);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**  
Halle (Sperrung über Kffand in Passendorf), Stendal (Sperrung über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr-Möhlingen in Wahrburg), Zeitz (Sperrung über den Bau des Unternehmers Wagner aus Lonzig in Grossosida);
- Thüringen:**  
Eisenach-Herleshausen (Sperrung über Buchenan), Altbau (Sperrung über den Unternehmerr Dorstewitz, Grubenbau Haselbach), Weimar (Sperrung über O. Hemme);

**Mannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen:**

Badbergen, Walsrode (Streiks), Buxtehude (Sperrung über Pleschberg und Sparr), Wollenbüttel (Sperrung über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer), Bremen (Sperrung über v. Hof in Hemejungen);

**Westfalen und Rheinland:**

Düsseldorf (Streik in Ratingen);  
Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:  
Karlsruhe (Sperrung über Dyckerhoff & Widmann),  
Ladenburg (Streik);

**Eisenleger:**

Cöln und Düsseldorf (Sperrung über sämtliche in Rheinland und Westfalen vorhandenen Arbeiter des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn), München (Sperrung über den Zwischenmeister Sieberts);

**Isolierer und Steinholzleger:**

Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82).

**Oesterreich:**

Pola (gesperrt).

**Schweiz:**

Winterthur (Streik).

**Frankreich:**

Paris (Differenzen).

**Gau Bremen.**

Ein Idealzustand, wie ihn sich die Unternehmer des Baugewerbes herbeiwünschen, besteht in bezug auf die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Unterweserorten. Seit dem Jahre 1907 setzt dort der Arbeitgeberverband für die Unterweserorte die Lohn- und Arbeitsbedingungen fest, ohne daß die beteiligten Gewerkschaften davon unterrichtet werden. Man erklärt einfach eine Bekanntmachung in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ für das Baugewerbe, die in „Bestimmte“ folgenden Inhalts heraus:

**Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser.**

Wir machen unsere Mitglieder ergebenst darauf aufmerksam, daß in unserer am 31. Januar d. J. stattgefundenen Generalversammlung beschlossen ist, im Jahre 1910 wieder die vorjährigen Löhne unter Verbeibaltung der zehnständigen Arbeitszeit zu zahlen. Ferner sind unsere Mitglieder auf Grund des § 18 der Verbandsstatuten verpflichtet, in alle Wert- und Lieferungsverträge die folgende Streik- und Sperrenklausel aufnehmen zu lassen:

„Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bezw. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“

Gemäß § 18 Absatz 4 und 5 der Statuten machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß, im Falle eine Arbeitsniederlegung bei einem Bau eintritt, wo im Verträge die Streik- und Sperrenklausel fest, sich der Arbeitgeberverband der Wirksamkeit enthalten kann. Bremerhaven, den 2. Februar 1910.

**Der Vorstand.**

Carl Rittner, Vorsitzender.

Tritt nun ein Arbeiter bei einem Unternehmer in Arbeit, dann muß er noch folgenden Sondervertrag unterzeichnen:

**Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser.**

Arbeitsvertrag Nr. ....  
Vor- und Name: ..... geb.: .....  
Stand: .....  
Wohnung: tritt unter heutigem in Arbeit bei:

und hat folgenden Arbeitsvertrag anerkannt und unterschrieben:

Die Arbeitszeit beginnt um 6 Uhr früh und schließt um 6 Uhr abends. Die Frühstückspause wird von 8 bis 8½ Uhr, die Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr festgesetzt.

Ueberstunden bis 8 Uhr abends dürfen nicht vermehrt werden, desgleichen Nachts- und Sonntagsarbeiten in Dringlichkeitsfällen.

Am letzten Arbeitstage vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten schließt die Arbeit eine Stunde früher, ohne Lohnabzug.

Für die kürzeren Tage werden besondere Arbeitszeiten je nach der Dauer des Tageslichts festgesetzt.

Der Lohnsatz unterliegt der freien Vereinbarung, ein Normallohn ist vom Arbeitgeberverband festgesetzt. Für Akkorbarbeit sind dieselben Normalakkordpreise festgesetzt, die Preise unterliegen im übrigen aber der freien Vereinbarung.

Die nach wirklich geleisteten Arbeitsstunden festzusetzende Lohnabrechnung geschieht alle 14 Tage am Donnerstags- freitag abends, die Lohnzahlung am Sonnabend nach Feierabend.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer können das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung jederzeit lösen. Wird das Arbeitsverhältnis vom Arbeitnehmer im Laufe der Woche gelöst, so erfolgt dessenungeachtet die Lohnzahlung erst am nächsten Sonnabend nach Feierabend im Kontor.

Agitation auf der Arbeitsstelle ist verboten, desgleichen das Rauchen sowie der Genuß von Alkohol.

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, die Arbeitsgerätschaften und Geräte vor Ingebrauchnahme nochmals einer eingehenden Prüfung auf ihre Brauchbarkeit und Festigkeit zu unterziehen und dem Arbeitgeber oder dessen Ver-

treter unverzüglich von etwaigen Mängeln oder Schäden an denselben, auch wenn solche während der Benutzung entstehen, Anzeige zu erstatten, schadhafte oder nicht zweckentsprechende Geräte und Geräte auch nicht in Benutzung zu nehmen.

Dem Arbeitnehmer sowie den Angehörigen ist die unbefugte Beschäftigung mit den maschinellen Einrichtungen sowie deren unbefugte Benutzung aus strengster Unterlagt; desgleichen der unbefugte Aufenthalt in den Maschinen- und Kesselräumen.

Ohne besondere Erlaubnis dürfen unter keinen Umständen Holz, Metalle, Abfälle oder ähnliches Eigentum der Arbeitgeber oder dritter Personen von den Arbeitsstätten mitgenommen oder durch Andere fortgeschafft werden. Das Zuwiderhandeln hiergegen zieht außer sofortiger Entlassung auch die gesetzlichen Folgen nach sich.

Der Arbeitnehmer ist damit einverstanden, daß die Quittungsarten für die Invalviditäts- und Altersversicherung sowie die Krankenversicherungen während der Dauer des Arbeitsverhältnisses im Verwahrsam des Arbeitgebers bezw. der betreffenden Ortsbehörde verbleiben und bei Entlassungen durch den Arbeitnehmer von dort abzuholen sind.

Es wird ausdrücklich vereinbart, daß § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Entlohnung bei unverschuldeter Arbeitsverhinderung handelt, auf gegenwärtiges Arbeitsverhältnis keine Anwendung findet.

Sollte aus irgendwelchem Grunde die Fortführung der Arbeiten verhindert oder dieselben eingestellt werden, so ist das Arbeitsverhältnis sofort von selbst aufgelöst. Bei Wiederaufnahme der Arbeit tritt diese Arbeitsordnung wieder in Kraft.

Ein Arbeitsvertrag mit gleichem Inhalt wurde dem Unterzeichneten ausgefertigt und ausgehängt.

Bremerhaven  
Geseamünde Lehe, den ..... 19.....

Beschäftigung: .....  
Dieser Abschnitt wird dem Arbeiter ausgehängt:

Dieses Monstrum von Vertrag stellen die Unternehmer einfach auf und suchen seine Durchführung zu erzwingen. Sie können sich diese Freiheit deshalb erlauben, weil die Bau-tätigkeit im Bezirk seit einigen Jahren daniederliegt, und so konnte auch Herr Rittner als ihm kürzlich die Unternehmer in Bremen ihre Not klagen, sagen eine solche Anbotmäßigkeit wie in Bremen, erlauben sich die Gesellen in den Unterweserorten nicht; denn dort „bittieren wir“, weshalb auch ein Vertrag überflüssig sei. Unsere Kollegen in Bremerhaven werden sich das merken, und sie werden nicht verfehlen; Rittner zu gelegener Zeit von seinem Diktieren zu kurieren. Sie werden alles daran setzen, um auch in den Unterweserorten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

**Gau Danzig.**

Die Unternehmer in Zempelburg beabsichtigen, unsere Kollegen auszusperrern und fremde Maurer einzustellen. Zugug ist deshalb streng fernzuhalten.

In Danzig-Praust mußte wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes von 50 % bei der Betonfirma Drenthahn & Sandhop aus Braunschweig die Arbeit eingestellt werden. Die Firma glaubte es durchsetzen zu können, nur 45 % zu zahlen. Gütliche Regelungsversuche waren erfolglos und das letztmal wurden sogar die Vertreter der Organisation von der Baustelle gemieden. Die Firma führt die Bauarbeiten zu einer Zementfabrik aus. Die Arbeit wurde von 24 Kollegen einmütig eingestellt.

**Gau Lübeck.**

In Reinfeld i. Holl. ist es zu einer Einigung gekommen. Die bisherigen Abmachungen laufen am 1. Mai d. J. ab, dann tritt eine Lohnerhöhung von 3 % und am 1. September eine solche von 2 % in Kraft. Auch in einigen anderen Punkten sind einige Verbesserungen erzielt worden.

**Gau Münden.**

Die Pfarrkirchener Unternehmer haben uns den am 1. Mai ablaufenden Tarifvertrag gefündigt und erklären zugleich, daß sie einen neuen Vertrag nur nach dem ausgearbeiteten Tarifmuster abschließen wollen. Ob dieses Vorgehen durch den Arbeitgeberverband „J. V. Fellermeier“ in die Wege geleitet wurde, wissen wir vorläufig nicht. Schon im Jahre 1908 wollten die Pfarrkirchener Unternehmer den vorerenden Stundenlohn von 33 % auf 30 % herabsetzen, und zwar unter schändem Tarifbuch. Unsere Kollegen haben durch einen unermüdlichen erfolgreichen Streik die Unternehmer in die Schranken gehalten; sie sehen auch diesmal der Sache ruhig entgegen und werden durch besonnenes und entgegengesetztes Vorgehen den Unternehmern zeigen, wo der Wurf den Rost holt. Die Hauptfrage ist, daß die Kollegen wissen, woran sie sind.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Streikbeding darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Interzierung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 14. bis 19. März für folgende Mitglieder erteilt:

- G. E. Franz - Planen, Berb.-Nr. 465 155; Aug. Wärsch - Dresden, 145 065; E. Roppermann - Pöschel, 43 557; Fritz Peters - Eitel, 102 881; Chr. Wülig - Pöschel, 125 127; W. Wömann - Pöschel, 105 539; W. Wülig - Pöschel, 167 525; W. Wömann - Pöschel, 274 145; Carl Seidel - Pöschel, 25 115; Ad. Kuttner - Nürnberg, 168 820; Gottlieb Müller - Witten i. B., 87 197; S. Wülsch - Witten, 40 893; El. Weimers - Kirchwarder (Franz), 80 403; M. Bagmiller - Witten (Franz), 89 506; E. Kasper - Dresden (Franz), 329 813; S. Kuhnke - Braunschweig (Franz), 12 558; W. Wörmel - Hannover





... für Einschaler, Flechter und Zementierer in 78 Tagen à 50 s. ... Die Jahresabrechnung des Zweigvereins weist für die Hauptklasse eine Einnahme und Ausgabe von M 165 040,05 auf. ...

das Versprechen gegeben, nicht früher die Arbeit bei Hinte aufzunehmen, bis dieser seiner Pflicht nachkommt. Am 24. Mai mußte das Baugeschäft Neumann in Oberwitz gesperrt werden, weil es 2 s unter dem Tarif zahlte. ...

dem Unternehmer den ermüdeten Profit zu verschaffen. Im allgemeinen aber müssen wir unsere Kraft in der Agitation den Kollegen zuwenden, die sich im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befinden. ...

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**

In Wdm beschäftigte sich am 18. März eine gut besuchte Versammlung mit der Lohnbewegung. Die Debatte zeigte, daß ein recht guter Geist unter unsern Kollegen herrscht. ...

**Zittau. (Jahresbericht.)** Im vorigen Jahre mußten wir die Konjunktur als schlecht bezeichnen, und auch bei einem Rückblick auf das Jahr 1909 können wir nichts Besseres konstatieren. ...

	1909	1908	1909
Neubauten .....	192	202	+ 10
Umbauten .....	109	119	+ 10
Erweiterungsbauten .....	111	114	+ 3
Größere Reparaturen .....	301	278	+ 23

Also Neu-, Um- und Erweiterungsbauten kamen weniger und nur Reparaturarbeiten kamen 23 mehr zur Ausführung, was aber wenig betragen will, weil bei Reparaturen nur wenige Arbeiter auf kurze Zeit beschäftigt wurden. ...

Der Versammlungsbesuch war in der ersten Hälfte des Jahres schlecht, wohingegen er sich, als die Tariffrage sowie die Frage der Verschmelzung und Stellungnahme zum Statutenentwurf auf der Tagesordnung stand, bedeutend besserte. ...

**Poliere als Unternehmerföhllinge.**

Die im Bauberuf tätigen Poliere Leipzig's, soweit sie im Verein der Maurer-, Zimmer- und Steinmetzpoliere organisiert sind, haben schon mehrfach bewiesen, daß sie nach dem Grundtag handeln: 'Was Brot ich eß, das Lied ich sing'. ...

auszubilden; denn wir nehmen nur Poliere auf, die den Beweis erbringen, daß sie mindestens ein Jahr lang eine leitende, selbständige Stellung innehaben.

Einer gütigen Unterstützung entgegengehend  
glednet ganz ergeben

Verein der Maurer- und Zimmerpoliere  
Leipzigs und Umgegend.

Vielleicht schwingt sich der famose Verein noch dazu auf, den Unternehmern eine Liste derjenigen Poliere zuzustellen, die bei ihm Mitglied sind, und dazu eine andere Liste der Poliere, die in den Arbeiterorganisationen organisiert sind, damit das Unternehmertum in der Lage ist, die Schafe von den hiesigen Wölfen zu scheiden. Haben es doch Mitglieder dieses Vereins bereits fertig gebracht, Arbeiterkontrollen, die für die Sicherheit von Gesundheit und Leben ihrer Kameraden auf dem Bau sorgen wollten, von den Bauern zu weissen. Sie fühlten sich völlig als Schillinge der Unternehmer und wagten nur deren Interessen, das heißt, deren Profit. Ob der über Arbeiterleiden hinweg erzielt wird, kümmert die Herren recht wenig.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 13. bis 19. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Markgrafstr. 4. 500, Reuruppung 200, Schwabe 250, Stachnagen 200, Halle a. d. S. 200, Vergardorff 200, Königsgarten i. Nr. 200, Frankfurt a. d. O. 150, Tegel 100, Plauer a. d. Havel 100, Jäckel 100, Leichlin 100, Königswinterhausen 75,35, Kalf 50, Summa M. 2523,35. Zuschüsse erhielten: Ernt 4. 400, Richter 300, Winden 300, Mühlberg 200, Oberan 200, Alt-Wiesing 150, Alt-Sienstedt 150, Kauten a. Markgr. 100, Lutter a. Wahrenburg 100, Marwitz 100, Vielesied 100, Siedelschinn 75, Altdamm 50, Mühlenden in Hannover 50. Summa M. 2275.

### Zur Beachtung.

Die Formulare zur Auffstellung der Abrechnung des ersten Quartals dieses Jahres nebst neuen Adressenverzeichnis der Bevollmächtigten und Kassierer der örtlichen Verwaltungsstellen sind versandt worden. Sollten sie in einer Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, so ersuchen wir um Nachricht.

Altona, 19. März 1910.

### Der Vorstand.

J. A. Laß, Vorsitz., Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorkäufen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauern schnellstens einen sachlichen Bericht an **Euer Fachblatt** zu senden.

Berlin. Am 11. März verunglückte der Einschaltzer Karl Nicolai auf dem Schulneubau in der Söhrenbergstraße bei der Betonbaugesellschaft Richard Schomburg. Nicolai war mit noch einem Kollegen bei der Abseicherung der Schalung zur Ausführung von Eisenbetondecken beschäftigt, als plötzlich eine der 7 m hohen Stetten umfiel und dem Unglücklichen auf den Kopf schlug. Mit einer schweren Kopfverletzung und Gehirnverletzung wurde der Verunglückte nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, am 13. März starb. Das Unglück hätte nicht geschehen können, wenn die Stetten entweder abgepreßt oder durch einen Stützbaum am Unterzug befestigt und dadurch das Umfallen verhindert worden wäre. Nur mit Innevermutung ist die Arbeitstollge dem gleichen Schicksal. Wenn die Schuld an diesem bedauerlichen Unfall, dem ein braver Arbeiter zum Opfer fiel, zugeschrieben ist, wird die nähere Untersuchung ergeben.

Charlottenburg. Am 12. März stürzte der Maurer Friedrich Müder aus dem fünften Stock eines Hauses in den Hofhof. Er trug zwei Armbrüche und schwere innere Verletzungen davon, so daß er im Krankenhauses Westend, wohin er gebracht wurde, starb, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Die Leiche wurde auf Antrag der Unfallversicherungs-Gesellschaft beschlagnahmt und war am andern Tage noch nicht freigegeben. Der Unfall folgte durch die fehlende Abdeckung verursacht worden sein.

Hamburg. (Moderne Kaufschindel.) Am 17. März ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers A. Jensen in der Marktstraße ein Baumfall, der, wenn er etwas früher oder später passiert wäre, sechs bis sieben Menschenleben als Opfer gefordert hätte. In dieser Straße betreibt der genannte Unternehmer die Massenproduktion von Mietkassernen, wobei an allen Ecken und Enden geparkt wird. Auch an Gefellen wird geparkt; denn auf vier bis sechs von ihnen kommen zum Teil acht bis zehn Schlingel. An einem der Bauten wurde gleich der Giebel des Nachbarbaues mit hochgeführt, ohne daß dieser jedoch berankert oder vorchriftsmäßig mit dem andern Bauwerk verbunden worden wäre. Als nun die Arbeit an diesem Bau begann, stürzte der freistehende Giebel um. Wäre dies nicht in der Frühstückszeit passiert, dann wären, wie gesagt, dem Reichtum des Unternehmers sechs oder sieben Menschenleben zum Opfer gefallen; denn ein Entkommen wäre dem im Keller beschäftigten Arbeitern nicht möglich gewesen. Selbstverständlich ist der Unternehmer Jensen einer der schlimmsten Gegner der Gewerkschaften. Die Baukontrollen aus unsern Reihen sind ihm ein Grauel und die Bauenden und Kostenspotter jeder Beschreibung. Krautig ist es nur, daß sich auch unter den Arbeitern noch Elemente befinden, die sich einem solchen Unternehmern als „Hafenreißer“ mit Leib und Seele verschreiben und dadurch der Organisation Knüttel zwischen die Beine werfen. Es sind dies die im „Polierbund“ berechneten Poliere, die, obwohl sie ebenso von den

Unternehmern ausgebeutet werden wie die Gefellen, durch ihre Verräterei die Position der Unternehmer stärken.— Die Hensburger Baubehörde fragen wir, wie solche Unfälle passieren können trotz der angeblich schärferen Baukontrollen?

Langendred. Einen schrecklichen Tod erlitt am 15. März auf der Altonaer-Bräuerei der bei der Firma Maweg hier beschäftigte jugendliche Maurer Pieper. Er geriet zwischen den elektrischen Fahrstuhl und die Gärbotische und wurde hierbei derart gequetscht, daß der Tod fast augenblicklich eintrat.

Riesa. In der Gemütschen Fabrik von Heßden in Münderitz brach am 14. März ein Bodgerüst zusammen, auf dem die Maurer Schüle und Engel arbeiteten. Beide verunglückten, und zwar trug Schüle einen Knöchelbruch und Engel eine Verstauchung des Fußgelenks davon. Der Unfall, der durch die einseitige Belastung des Bodgerüsts herbeigeführt wurde, hätte sich bei etwas mehr Vorsicht wohl vermeiden lassen.

Wahlitz (Baukontrollen). Bei der Baukontrollen am 17. März wurden auf neun Neu- und 28 Reparaturbauten 103 Gefellen und 28 Lehrlinge gezählt. Die Bauenden und Gerüste ließen meistens viel zu wünschen übrig. Unjern Kollegen erwächst daraus die Pflicht, für geordnete Zustände zu sorgen, und zwar darf sich dabei nicht der eine auf den andern verlassen, sondern jeder einzelne muß hier mit Hand ans Werk legen.

Die Bautätigkeit in den Großstädten im Jahre 1909. Nach den Mitteilungen, die von statistischen Ämtern der Städte Köln zuerst von 26 Städten mit insgesamt 7,5 Millionen Einwohnern vorliegen, letzte sich im Jahre 1909 der seit 1904 beobachtete Märgang der Bautätigkeit infolge fort, als die Zahl der neuerrichteten Wohnungen wies weiter um etwas mehr als 100 (von 5670 im Vorjahr auf 5557) auf, während sich allerdings die der neuerrichteten Wohnungen (98245 gegen 97770) um annähernd 500 erhöhte. Auf je 10000 Einwohner betrug, verglichen mit den drei Vorjahren, der Zugang an Wohngebäuden 7,39, 7,69, 9,96 und 12,16; an Wohnungen 51, 51, 68 und 84. Dabei zeigte jedoch die bauliche Entwicklung der Städte kein einheitliches Gepräge, vielmehr ist nur in elf davon mit 3,00 Millionen Einwohnern-wirlich eine Abnahme, in 15 aber mit 4,5 Millionen Einwohnern eine Steigerung eingetreten, und zwar kamen in den erstern auf 10000 Einwohner 8,11 neue Wohngebäude gegen 10,07, 13,93 und 16,97 in den Vorjahren und 42 neue Wohnungen gegen 52, 80 und 100; in den letztern dagegen 6,92 gegen 6,18, 7,31 und 8,97 bzw. 57 gegen 51, 61 und 74. Im einzelnen wurden wie gewöhnlich in Bremen mit 35,15 auf 10000 Einwohner die verhältnismäßig meisten Wohngebäude errichtet. Im großen Abwande folgten Dortmund mit 14,99, Mannheim mit 13,76, Stuttgart mit 12,93, Giesfeld mit 11,03 usw. Köln nahm mit 7,49 die zwölfte Stelle ein, und den Schluß der Reihe bildeten Breslau mit 2,72, Eberfeld mit 2,66 und Dresden mit 2,45. Der Durchschnitt betrug, wie bereits erwähnt, 7,39. Gegen das Vorjahr wies die größte Steigerung auf: München (223 gegen 163), Dortmund (307 gegen 251), Stuttgart (363 gegen 311), Dresden (134 gegen 92), Magdeburg (111 gegen 78) usw., den stärksten Märgang dagegen: Kiel (141 gegen 262), Bremen (830 gegen 908), Breslau (137 gegen 208), Köln (353 gegen 424) usw. Nach der Zahl der neuerrichteten Wohnungen nahm Hamburg mit 106 auf 10000 Einwohner die erste Stelle ein. Es schlossen sich an: Mannheim mit 89, Dortmund mit 86, Bremen mit 83, Kiel mit 81 usw. Köln blieb hierbei mit 40 erheblich unter dem Durchschnitt (51). Den verhältnismäßig niedrigsten Wohnungszugang wiesen auf: Dresden mit 22, Straßburg im Elsaß mit 20, Königsberg mit 19, Mainz mit 17 und Eberfeld mit 10.

Im Vergleich mit dem Vorjahre hatte München (mit 1899 neuen Wohnungen gegen 1163) die stärkste Vermehrung (um 786 oder 63 pZt.). In Hamburg, der nächsten Stadt, betrug sie 429 (9367 gegen 8938), in Magdeburg 319 (1098 gegen 779), in Stuttgart 308 (1880 gegen 1572), in Dresden 302 (1183 gegen 881) usw. Andererseits blieb der Zugang am meisten zurück in Königsberg um 517 (453 gegen 970), Breslau um 634 (1569 gegen 2203), Köln um 676 (1887 gegen 2543) und Kiel um 785 (1506 gegen 2291).

Die betrachteten Städte haben bis auf Gelsenkirchen und Wiesbaden sämtlich im Laufe des letzten Jahres der Verdrängung eine Zahl Ludwig der leerstehenden Wohnungen vermindert. Nach deren Ergebnissen bewegte sich der Prozentsatz dieser Wohnungen zwischen 4,6 in Altona und 0,6 in München. (Der Satz 0,3 von Stuttgart erscheint nicht streng vergleichbar, da er auf andere Weise abgeleitet ist.) Hohe Werte wies neben Altona noch auf: Hamburg und Frankfurt a. M. mit je 4,3, Mainz mit 4,1, Breslau mit 3,8, Köln und Kiel mit je 3,7 usw., sehr niedrige außer München: Halle a. d. S. und Krefeld mit je 1, Straßburg mit 0,9 und Königsberg mit 0,8. Von 20 Städten lagen überdies zugleich Vergleichszahlen aus dem Jahre 1908 vor. Danach war der Vorrat an überzähligen Wohnungen neunmal gestiegen, am stärksten in Mainz (4,1 gegen 2,7 im Jahre 1908), Mannheim (3,2 gegen 2,6), Bremen (3 gegen 2,4) und Dortmund (2,1 gegen 1,5). Abgenommen hat er dagegen besonders in Königsberg (0,8 gegen 2,2), Eberfeld (2 gegen 3), Breslau (3,8 gegen 4,6), Dresden (1,9 gegen 2,6), Kiel (3,7 gegen 4,4) usw. Mit einer reichlichen Wohnungsherstellung trat die Steigerung zusammen in Mannheim, Dortmund, Bremen usw., mit einer geringen andererseits die Abnahme in Königsberg, Breslau, Dresden usw. In Kiel hatte sich der Bestand an leeren Wohnungen vermindert trotz verhältnismäßig hohen Wohnungszuganges. Am leerstehenden Wohnraum wurden ferner, soweit bekannt geworden ist, ermittelt: In Basel Mitte Oktober 1168 oder 3,3 pZt. (nach der vorläufigen Festsetzung) gegen 6,2 pZt. im Oktober 1907, in Charlottenburg im Mai 2678 oder 4 pZt. gegen 3,7, 3 und 2,7 pZt. in den drei Vorjahren, und in Nürnberg im November 2125 oder 2,9 pZt. gegen 1,8 und 1 pZt. in den Jahren 1908 und 1907.

W. C. Die Unternehmungslust im Bau- und Terraingeschäft bedroht nach wie vor die Unternehmungsform der Gesellschaft m. b. H. Im Januar 1910 wurden im Baugewerbe nicht weniger als 58 Gesellschaften m. b. H. gegründet, denen im Februar die statliche Anzahl von weiteren 50 Gesellschaften m. b. H. folgten. Der Kapitalbedarf der im Januar erfolgten 58 Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. im Baugewerbe stellte sich auf insgesamt 6,402 Millionen Mark, während die 50 Neugründungen im Februar nur einen Kapital-

bedarf von zusammen 2,660 Millionen Mark beanspruchten. Im Durchschnitt betrug demnach im Januar bei der einzelnen Gesellschaft m. b. H. das Stammkapital rund M. 110000, während im Monat Februar auf die einzelne Gesellschaft ein Stammkapital von nur rund M. 53000 entfiel. Für die beiden ersten Monate des Jahres 1910 zusammen stellte sich die Anzahl der neugegründeten Gesellschaften m. b. H. auf 108, die einen Gesamtkapitalaufwand von 9,062 Millionen Mark oder für das einzelne Unternehmen einen durchschnittlichen Kapitalbedarf von rund M. 84000 erforderlich machten. Die Bevorzugung der Unternehmungsform der Gesellschaft m. b. H. resultiert hauptsächlich aus der Möglichkeit der Umgehung der Zahlung der Umlagesteuer bei dem Verkauf von Terrains und Gebäuden, der sich durch die Uebergabe der Anteilscheine vollziehen konnte. Neuerdings wird dieser Steuerumgehung durch gezielte Maßnahmen entgegengetreten. Immerhin wird durch die leichte Uebertragbarkeit der Gesellschaften die Mobilisierung von Grund und Boden sowie Gebäuden erleichtert, so daß die Bevorzugung der Gesellschaften m. b. H. im Bau- und Terraingeschäft einerseits hierauf, andererseits auf der Möglichkeit der Verteilung des Risikos auf verschiedene Objekte beruht.

Eine Salzstadt. Es gibt allerlei merkwürdige Städte, nicht nur solche aus alten ausgemusterten Eisenbahnmagen oder aus getranderten Schiffsbörsern, Erdhöhlen usw., sondern auch eine Stadt, die hauptsächlich aus Salz besteht. Diese Stadt ist der unterirdische Teil der Bergstadt Wieliczka, die in der Nähe von Krakau liegt und durch ihr Salzbergwerk in der ganzen Welt berühmt ist. Die größte Ausdehnung dieses Salzwerks; das seit dem Jahre 1044 ausgebeutet wird, ist von Osten nach Westen 4000 m, von Norden nach Süden 1200 m, die Tiefe beträgt 257 m. Elf Tagelöhner führen in diese unterirdische Welt, in welcher ein ganzes Völkchen lebt, obwohl noch niemals ein Sonnenstrahl dorthin gelangt ist; zwei Schächte liegen in der Stadt Wieliczka selbst, der im Jahre 1744 und der mit einem hydraulischen Fahrstuhl versehene Daniłowicz, der gewöhnlich von Reisenden besucht wird. Die Stufen der Wendeltreppe sind, wie alles in dieser wunderbaren Stadt, aus Salz gehalten. Die Gänge breiten sich in den sieben Stockwerken des Salzbergwerks aus. Die Vorkalle der Salzstadt ist unter dem Namen Walsall bekannt. Der Saal ist lang, breit und hoch wie ein Theater, und sein Plafond ist 68 m über dem Niveau des Bodens; seine Säulen mit den in wachstoft künstlicher Weise geschnittenen Kapitellen, seine Statuen, seine prächtigen Kronleuchter, seine Tribünen mit den fein gearbeiteten Geländern, alles ist aus Salz, ebenso wie die Flachreliefs, die die Wände schmücken, und das Ganze gewährt, zumal bei Beleuchtung, einen großartigen Anblick. Von dem Walsall gelangt man in die im Jahre 1698 erbaute Antonius-Kapelle. Der Altar, das Sakramentshäuschen, die Blumen, das Thorpult usw., alles ist aus Salz gehalten; daselbst gilt von einem Christusbilde in natürlicher Größe, zwei betenden Märgen, mehreren Heiligenbildern und einem Reliquienweg. Im dritten Stockwerk des Salzbergwerks befindet sich der Bahnhof, wo die Schienenwege, die die verschiedenen Gänge miteinander verbinden, zusammenlaufen. Die Schienenwege haben eine Gesamtlänge von 40 km. Auf den Schienen fahren kleine Wägelchen, die von Pferden gezogen werden. Diese Pferde bilden sogar eine ganz besondere Klasse: Werden doch seit einem Jahrhundert alle Pferde, die im Bergwerk beschäftigt werden, im Bergwerk selbst geboren, so daß sie keine Ahnung haben, was Sonnenlicht und Weideplätze sind. Der Bahnhof besitzt ein reich ausgestattetes Büfett. Eine Sechenswürdigkeit ist auf der See Krähos und die Kaiser-Franzenbrücke. Das Niveau des Sees befindet sich 220 m unter der Erdoberfläche. Außer diesem See gibt es in dem Bergwerk noch etwa 60 andre Wasserflächen oder Teiche. Da die Seewände aus Salz sind, leben in dem Wasser keine Fische; Vegetation ist natürlich auch nicht vorhanden. Alle übrigen Teile des Bergwerks sind die Domäne der Arbeiter. Es werden täglich etwa 1000 Arbeiter beschäftigt; sie arbeiten täglich acht Stunden; es werden jährlich durchschnittlich etwa 30000 Tonnen Steinsalz und etwa 60000 Tonnen Industrieharz gewonnen. Große Katastrophen wurden in den Jahren 1510, 1644, 1815, 1868 und 1879 registriert. Im Jahre 1510 ergriff das Feuer die Salzstigen, die in einem im Abbau befindlichen Gange die Erde kisteten; durch den Rauch, der sich entzündete, fanden etwa 100 Menschen den Tod. Im Jahre 1644 kamen sämtliche Arbeiter, die sich im Bergwerk befanden, bei einer andern Feuerbrunst ums Leben. In den Jahren 1868 und 1879 richteten zwei Wassereintritte große Verheerungen an: 1868 trat infolge des plötzlichen Schmelzens einer Salzbank eine Ueberflutung ein und die Arbeiter ertranken; einige Wochen später löste sich plötzlich ein Salzflod im Gewicht von 2000 Tonnen und es gab eine neue fürchterliche Katastrophe. Infolge des Wassereintritts von 1879 hat sich der Gange Boden, auf dem Wieliczka steht, etwas gesenkt. Seit damals hat man große Vorsichtsmaßregeln ergriffen, und es ist auch kein größeres Unglück mehr passiert.

### Die Bautätigkeit im Jahre 1909.

#### Sau Köln.

In unserm Bericht über die Bautätigkeit in der Nummer 34 des „Grundstein“ vom 21. August 1909 haben wir die Entwicklung in unserm Bau bis zu diesem Zeitpunkt bereits eingehend geschildert. Es erübrigt sich deshalb, auf diese Verhältnisse nochmals des näheren einzugehen. Wir wollen nur bemerken, daß die damals konstatierte Besserung angehalten hat. Auch einige Wohngebiete, die damals noch keine gute Bautätigkeit aufwiesen, haben seit September 1909 eine Belebung erfahren, so daß wir heute sagen können, daß fast im ganzen Bau für das Baugewerbe die Wirtschaftskrise überwunden ist und eine lebhaft, teilweise sehr gute Bautätigkeit Platz gegriffen hat. Eine Ausnahme machen nach wie vor Lachen, Düren, Bonn und der Oberhein. Hier liegt die gesamte Bauarbeit daneben. Bis jetzt ist auch nur geringe Aussicht vorhanden, daß im Jahre 1910 eine Wendung zum Bessern eintreten wird. Mit der Besserung steht Düsseldorf allen Städten voran. Nach der jetzt vorliegenden Statistik des Amtes der Stadt Düsseldorf gestaltete sich die Bautätigkeit in den letzten drei Jahren folgendermaßen: Die Zahl der genehmigten Bauten betrug:

Jahr	Zentral- Gebäude	Hinter- bauten	Wohn- häuser	Gebäude zu Büro- zwecken, Kassen etc.	Gebäude zu sonstigen Zwecken	Um- und Anbauten
1907	9	11	281	50	149	162
1908	12	14	280	96	124	183
1909	18	7	591	69	123	189

Giermach hat sich die Zahl der genehmigten Wohnhäuser in Düsseldorf gegenüber den Jahren 1908 und 1907 mehr als verdoppelt. Auch für das Jahr 1910 sind die Aussichten im Stadt- und Landkreis Düsseldorf sehr gute. Neuzug hat in diesem Jahre gleichfalls wieder gute Arbeitsgelegenheit. Im Kölner Bezirk ist im Laufe der letzten drei Monate eine Steigerung der Bautätigkeit eingetreten. Im Quartalsbericht vom vierten Quartal 1909 schreibt das Kölner statistische Amt: Die Bautätigkeit nahm in der Berichtszeit, soweit es sich um die fertiggestellten Bauten handelt, gegenüber den gleichen Vierteljahren in den beiden Vorjahren einen außerordentlich niedrigen Stand ein. Dagegen war, wie bereits seit mehreren Berichtsdritteln, die Zahl der Wohnhausbaubeginne und -Baugesuche in der Zunahme begriffen; ebenso befanden sich Ende der Berichtszeit erheblich mehr Wohnhäuser im Bau als zur gleichen Zeit in den beiden Vorjahren. Es ist daher die begründete Hoffnung vorhanden, daß das neue Jahr eine merkwürdige Wende der hiesigen Bautätigkeit bringen wird. Einfließlich der baulichen Entwicklung in dem mit der Berichtszeit abgelaufenen Jahre 1909 sei kurz herangezogen, daß sie hinter der in den vier Vorjahren erheblich zurückstand. Es betrug der Zugang an

Jahr	Wohn- grundstücken	Wohn- gebäuden	Wohn- räume	Klein- wohn- ungen	Wohn- räume
1909	285	358	1948	889	8108
1908	350	424	2543	1215	10075
1907	607	795	4498	2116	17777
1906	655	812	4959	2327	19366
1905	660	751	4618	1981	18817

Giermach blieb die Zahl der vollendeten Wohngebäude und Wohnungen gegen 1908 und besonders gegen 1907 ganz bedeutend zurück. Verhältnismäßig hoch stellte sich dabei mit 46 pZt. wie bereits in den beiden letzten Jahren, der Zugang an Kleinwohnungen. Trotzdem ist, wie oben schon bemerkt, begründete Hoffnung auf Besserung vorhanden. Betrug doch die Zahl der Baugenehmigungen zu Neu- und Erweiterungsbauten im vierten Quartal 1909 im ganzen 276 (1908: 815, 1907: 282); in 155 (110, 67) Fällen handelte es sich dabei um Wohngebäude. Bei den erstere wurden also die Vergleichszahlen der beiden Vorjahre nahezu erreicht bzw. übererfüllt, hinsichtlich der Wohngebäude wiederum erheblich übererfüllt. In der Zahl der in Angriff genommenen Wohnhausneubauten 96 (81, 57), hielt, wie oben bereits herangezogen wurde, die seit dem dritten Viertel 1908 beobachtete Steigerung an. Der Verkauf der Wohnhäuser zeigte ebenso ein erhebliches Anwachsen gegenüber den beiden Vorjahren. Im Wohnbau fertig standen Ende der Berichtszeit 281 (194, 259), darunter seit länger als einem Vierteljahr 149 (82, 178). Ueber den Wohnungsmarkt liegen folgende Ermittlungen vor: Es waren erforderlich für Familien, die die Wohnung wechselten 8520 (8390, 8187), die von auswärts zuzogen 1272 (1251, 1285), die durch Heirat hinzukamen 564 (608, 657), das sind zusammen 10356 (10249, 10129) Wohnungen. Dagegen wurden frei bzw. belegbar infolge Wohnungswechsels 8520 (8390, 8187), infolge Wegzugs von Familien 1081 (982, 1014), infolge der Bautätigkeit 196 (501, 816), das sind zusammen 9797 (9873, 10117) Wohnungen. Demnach war die Nachfrage um 559 (376, 112) höher als das Angebot. Die gleiche Aufrechnung seit 1906 ergibt eine Mehrnachfrage von 925 Wohnungen. Alles drängt also, wie aus vorliegendem zur Genüge ersichtlich ist, auf eine Besserung der Bautätigkeit hin. In den beiden Großstädten Wachen und Oberfeld war ebenfalls eine kleine Besserung zu verzeichnen. Nach den Mitteilungen der hiesigen Amtler gestaltete sich die Bautätigkeit folgendermaßen:

Jahr	Wachen		Oberfeld	
	Wohn- grundstücken	Wohn- gebäude	Wohn- grundstücken	Wohn- gebäude
1903	1084	899	757	294
1904	1026	321	717	265
1905	1026	196	628	247
1906	939	124	722	126
1907	1025	100	664	68
1908	939	94	557	86
1909	949	130	569	46

Aus vorstehenden Zahlen ergibt man, daß die Bautätigkeit im Wuppertale, besonders im Wohnhausbau, stark zurückgegangen ist. In den unmittelbaren Orten war in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, lediglich die Arbeitsgelegenheit. Ueberhaupt hat sich im ganzen bergischen Lande, in Solingen, Ohligs, Wald, Neumühl, Sennelager, die Bautätigkeit wieder lebhaft zu entwickeln. Im oberbergischen Kreise Summersbach stieg die Bautätigkeit noch vollständig. Im Siegerlande war bis zum Herbst gute Arbeitsgelegenheit. Auch im Kreise Wiedenfeld und im Mittelkreise, wo Eisenbahnen gebaut werden, wurden viele Maurer beschäftigt. In Verborn im Mittelkreise bietet die große Probingschiffenanlage bis 1912 noch viel Arbeitsgelegenheit. Nur Oberfeld und in den Seitentälern des Rheins ist alles beim alten geblieben. Fast nirgendwo wird gebaut. Im Wuppertale hatten sich die bauverderblichen Arbeiter seit langem auf die umfangreichen Bahnarbeiten (Verlegung eines zweiten Gleises) getreut, große Italienerkolonnen haben aber die meiste Arbeit in Beschlag genommen. In Bonn, Eschweiler und Düren war das ganze Jahr wenig zu tun. Die Aussichten sind hier auch für dies Jahr wenig günstig. Vom Wuppertal Bezirk sagt ich schon, daß dort sehr schlechte Verhältnisse sind. Bis jetzt ist auch wenig Aussicht auf Besserung vorhanden. Nach den Angaben des Statistischen Amtes betrug die Zahl der genehmigten Wuppertalgebäude an Neubauten 180 (1908 = 208) und an Um-, An- und Erweiterungsbauten 293 (1908 = 294). Im Frühjahre schon es, als wollte sich die Bautätigkeit etwas heben; jedoch bereits im

Juli und August zeigte sich wieder die sinkende Tendenz, die bis zum Jahresjahre anhielt. — Im Stadtkreis Rheydt der Bezirk kam die Konjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres ab. In Mersin blieb die Bautätigkeit nach dem Streik bis zum Jahresjahre 1910 in Geseh das ganze Jahr hin. Die Aussichten für 1910 sind in diesem ganzen Bezirk wesentlich besser.

### Gewerkschaftliches.

\* Die Auflage der Metallarbeiterzeitung ist mit der Nr. 12 auf 400 000 Exemplare gestiegen. Diese Auflage des Verbandsorgans des Deutschen Metallarbeiterverbandes entspricht zwar nicht der Mitgliederzahl dieses Verbandes, sie ist aber ein ungefährer Gradmesser dafür. Der Verband hatte im Jahre 1908 einen geringen Mitgliederverlust, im Jahre 1909 hat er nicht allein diesen Verlust ausgeglichen, sondern die Mitgliederzahl hat sich um 11 000 erhöht. Allein in diesem Jahre ist die Mitgliederzahl um circa 12 000 gestiegen, so daß die Hoffnung durchaus berechtigt ist, daß auch im Jahre 1908 die Mitgliederzahl um 400 000 Mitglieder zähle wird. Als im April 1906 die Auflage die Zahl von 300 000 erreichte, künfte sich daran die Hoffnung, daß schon im Jahre 1908 die 400 000 erreicht würden. Die Krise, die besonders schwer auch auf der Metallindustrie lastete, machte aber die Aussicht zurückgehen. Die beiden gegnerischen Gewerkschaften im Gewerbe zeigen keinen Aufschwung in der Mitgliederzahl. Der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählte 1900: 35 618; im Juni 1908: 52 968, Ende 1909: 37 647 Mitglieder; der Deutsche Metallarbeiterverband dagegen 1900: 100 762, 1909: 378 349 Mitglieder. Der „Christliche“ Verband hatte 1906 im Jahresdurchschnitt 24 744, 1907: 28 090, Ende 1909: 24 002 Mitglieder.

\* Das Ende der Tarifbewegung im Holzgewerbe. Nach wochenlangen Verhandlungen der Zentralverbände der Unternehmer und Arbeiter unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten beider Parteien, ist endlich für alle in Frage kommenden Orte eine Verständigung erzielt worden. Am 13. März wurden die Verhandlungen, die am 14. Februar begannen, beendet. Für einen Teil der Städte erfolgte die Einigung bei den in Berlin geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Ortsparteien. Für eine Reihe weiterer Städte, die auf diesem Wege nicht zu einem Resultat gelangen konnten, verständigten sich die beiderseitigen Verbandsvorstände über die den Parteien zu unterbreitenden Einigungsbedingungen. Es blieben aber trotzdem noch eine Anzahl Städte übrig, für die, trotz aller angewandten Bemühungen, noch kein Ergebnis zu erzielen war. Um diese besonders schwere Aufgabe zu erfüllen, war verabredet worden, daß die Verbandsvorstände aus der Reihe der Personen, die schon bei den Beratungen der Städtevertreter mitgewirkt hatten, je drei Vertrauensmänner zuziehen sollten. Unter der Mitwirkung dieser Vertrauensmänner gelang es schließlich, für alle zur Veratung stehenden Städte ein Uebereinkommen zustande zu bringen. Da die Unternehmer und Arbeiter in einer Reihe von Städten den Abmachungen bereits zugestimmt haben, dürfte diese Bewegung bald ihren Abschluß finden. Wir werden auf die Bewegung und die Ergebnisse für die Arbeiter noch zurückkommen.

### Soziales.

\* Müssen Gewerkschaftsunterstützungen versteuert werden? Man sollte annehmen, daß davon gar keine Rede sein könnte, schon aus dem Grunde, weil den Empfängern der Unterstützung ein klagbares Recht auf diese nicht zusteht. Anders denken aber die jährlichen Steuerbehörden, die schon im Jahre 1908 an eine Anzahl Kantone und Gewerkschaften die Aufforderung richteten, sie möchten sich zur Steueranmeldung einschreiben. Als die in Frage kommenden Korporationen damals gegen dieses Ansuchen protestierten, ließen die Steuerbehörden nichts mehr von sich hören. Dagegen bestehen sie jetzt auf der Besteuerung der gewerkschaftlichen Unterstützung, obwohl das sächsische Finanzministerium im Jahre 1907 auf eine Eingabe unseres Dresdener Zweigvereins entschied, daß die Unterstützungen nicht steuerpflichtig seien, daß aber auch die Beiträge an die Gewerkschaften nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden dürfen. Dem Einwand, die Gewerkschaftsmitglieder seien in den Gewerkschaften nicht „beruflich“, könnten also auch, obwohl ihnen bei normalen Verhältnissen die Unterstützung gewährt werde, keinen Rechtsanspruch aus ihrer Mitgliedschaft ableiten, hielten die oberen Steuerbehörden einfach entgegen, es würde die guten Sitten verletzen, wenn die Mitglieder Beiträge bezahlten, aber gegebenenfalls keine Unterstützung erhielten. Das Oberverwaltungsgericht, bei dem das Arbeitersekretariat Dresden gegen die Entscheidung der Steuerbehörden Rekurs erhob, gab wider Erwarten den Steuerbehörden recht, indem es in seinem Urteil ebenfalls ausdrukt, daß die Arbeiter die von den Gewerkschaften erhaltenen Unterstützungen versteuern müssen. So vertritt dieses Urteil ist, so wäre doch, nachdem es nun einmal gefaßt war, die einfache Konsequenz davon gewesen, wenn nun wenigstens auch die an die Gewerkschaften zu leistenden Beiträge vom Einkommen in Abzug gebracht werden dürften. Aber dies hat das Gericht sonderbarerweise abgelehnt. In einem bestimmten Fall (Holzarbeiter) wird das Urteil, wie wir der „Reisiger Volkszeitung“ entnehmen, u. a. wie folgt begründet:

1. ... Kläger hat im Jahre 1907 M. 623 verdient. Vom 6. April bis zum 3. August ist er infolge Streiks arbeitslos geworden und während dieser Zeit vom Deutschen Holzarbeiterverband, dessen Mitglied er ist, mit M. 283,80 Streikunterstützung bedacht worden. ... Da nun die Streikunterstützung unfreiwillig einerseits zu den in Geld oder Geldwerten bestehenden Einnahmen gehört, andererseits nicht zu der Vermehrung des Stammvermögens zählt, so dürfte sie von der Besteuerung nur dann ausgenommen werden, wenn besondere Gründe dies rechtfertigen. Daraus aber ergibt es sich. ... Wenn die Klage von der Auffassung ausgeht, daß nur solche Einnahmen steuerpflichtig sind, auf die der Empfänger einen vor öffentlichen Behörden geltend zu machen Anspruch (Rechtsanspruch) besitzt, so besteht ein

solcher Grundfakt zwar für gewisse Sinnabstimmungen, so für Zinsen und sonstige im Staatssteuergezet aufgeführten „Erechtfame“. Aber es gilt keineswegs allgemein. ... So ist die Frage, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahme besteht, als steuerpflichtig unerschöpfend bezeichnet worden für die sogenannten Adventurereinnahmen und Kräftegehalte. ... Einen Anhalt für abweichende Beurteilung der Streikunterstützung bietet das Staatseinkommensteuergezet nicht. Es darf daher unerörtert bleiben, ob der Kläger auf sie einen Rechtsanspruch besitzt, und es genügt, daß die Quelle der Streikunterstützung, die Mitgliedschaft beim Verbande, zur Zeit der Einschätzung noch bestanden hat. Es muß daher die dem Kläger zustehende Streikunterstützung als steuerpflichtig angesehen werden.

2. Die Steuerpflichtigkeit der Einnahmen, die ein Mitglied aus seinem Arbeitsvertrage bezieht, ergibt indes, wie gegenüber dem am Schluß der Klage geltend gemachten Einwande hervorzuheben ist, nicht ohne weiteres die Abzugsfähigkeit der an den Verband geleisteten Beiträge. Sollen diese Beiträge aus dem Gesichtspunkt der sogenannten Werbungskosten (§ 15 des Staatseinkommensteuergezetes) abgezogen werden können, so müssen sie mit dem Verbands empfangenen Unterstützungen derart im Zusammenhang stehen, daß sie Ausgaben zu ihrer Erlangung, Sicherung oder Erhaltung darstellen. Im vorliegenden Falle bezweigt der Verband — und diesem Zwecke dienen auch die Mitgliederbeiträge — die Ehre sowie die materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll, soweit die jeweiligen Verhältnisse es gestatten, erreicht werden durch a) Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung, b) Gewährung von Reisegeld oder Ortsunterstützung an arbeitslose Mitglieder, c) Unterstützung in außerordentlichen Notfällen, d) freien Rechtschutz, e) Pflege der Berufskasernen, f) Regelung des Arbeitsnachweises, g) Abgabe gemeinnütziger und wissenschaftlicher Vorträge.

Von diesen Verbandshandlungen haben nur diejenigen zu b oder c oder e in Teil davon die Bedeutung steuerpflichtiger Bezüge der Verbandsmitglieder. Der an den Verband zu leistende Beitrag aber ist einmündlich, und weder das Statut, noch sonstige Unterlagen ermöglichen eine Bestimmung oder auch nur schätzungsweise Ermittlung des Anteils, der auf die steuerpflichtigen Bezüge entfällt.

Die Beiträge dürfen also deshalb nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden, weil sie nicht lediglich der Sicherung der Unterstützungen, sondern auch noch andern Zwecken, wie der Wahrung der Ehre und der materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder dienen; die auf Grund dieser einmündlichen Beiträge erhaltenen Unterstützungen dagegen müssen voll versteuert werden. Das ist ein edt sächliches Urteil, das nur durch besondere juristische Spitzfindigkeiten und Fälschungen aufzuheben kommen konnte, und gegen das mit aller Entschiedenheit protestiert werden muß.

### Soziale Rechtspflegung.

\* Maurer als qualifizierter Arbeiter anerkannt. Es ist eigentlich lächerlich, einen Streit darüber zu führen, ob ein Maurer als qualifizierter Arbeiter zu betrachten ist oder nicht, weil nach der allgemeinen Auffassung jeder Arbeiter, der seinen Beruf gelernt hat, als qualifizierter Arbeiter zu betrachten ist. Im vorliegenden Falle ist diese Frage aber doch bestritten. Die Streitparteien sind ein Mitglied unseres Verbandes und die Bayerische Bauergewerkschaften-Berufsgenossenschaft in München. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts werden für den Verlust eines Auges Renten von 33 1/2 pZt. gewährt. In Ausnahmefällen kann von dieser Regel abgegangen und zu einer Rente von 25 pZt. gegriffen werden, nämlich, wenn es sich um einen Arbeiter handelt, der bei Ausführung seiner Berufsarbeit auf nicht besonders scharfes Sehen angewiesen ist, oder um Arbeiter, die nicht an gefährlichen Stellen zu arbeiten haben. Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen Maurer, der im Jahre 1906 durch einen Stein splitter ein Auge verloren hat. Die Berufsgenossenschaft stellte die Rente auf 25 pZt. fest und bezeichnete diese Rente als Uebergangs- und Schonrente, d. h., als eine Rente, die nach einiger Zeit weiter erhöht werden kann. Gegen diesen Bescheid erhob im Auftrage unseres Kollegen das Arbeitersekretariat Berufung, und das Schiedsgericht sprach dem Berufungskläger die Rente von 33 1/2 pZt. zu. Es war dies im Oktober 1907. Die Berufsgenossenschaft gewährte diese Rente bis zum 1. Juli 1909. Von diesem Tage an wollte sie wieder 25 pZt. auszahlen, weil eine Besserung eingetreten sei, der Verlust des Tiefsehens vermögens wiederum erlangt habe usw. Gegen diesen Bescheid wurde wiederum Berufung eingelegt, der das Schiedsgericht stattgab. Nun legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim bayerischen Landesversicherungsamt ein mit der gleichen Begründung wie beim Schiedsgericht. Das Landesversicherungsamt wies aber den Rekurs zurück und bestätigte das Urteil des Schiedsgerichts auf Zahlung einer Rente von 33 1/2 pZt. In der Rekurschrift bestritt die Berufsgenossenschaft, daß ein Maurer zu den sogenannten qualifizierten Arbeitern zähle, weil das Reichsversicherungsamt in mehreren Entscheidungen festgelegt habe, daß nicht einmal Schlosser und Schreiner zu den qualifizierten Arbeitern zu zählen seien; es könne dies also noch viel weniger bei einem Maurer der Fall sein. Der Berufsgenossenschaft ist aber ganz genau bekannt, daß das Reichsversicherungsamt in vielen Entscheidungen ausgeprochen hat, daß nicht nur die qualifizierten Arbeiter, sondern auch die Arbeiter, die an besonders gefährlichen Stellen zu arbeiten gezwungen sind, den qualifizierten gleichzustellen sind. Wenn ein Maurer nicht zu den Arbeitern der erlangenen Art zählen würde, so müßte doch für eine Berufsgenossenschaft sein, daß er mindestens zu den Arbeitern letztgenannter Art gehört, weil er Gerüste bauen und einlegen, weil er auf Gerüsten gefährliche Stellen mit schweren Lasten passieren muß usw. Es stellt also die Berufsgenossenschaft ein hohes Ansehen auf, wenn sie behauptet, daß ein ungeübter Arbeiter auch. Bekannt ist, daß der Verlust eines Auges so wohl das Schätzen von Größen als auch von Entfernungen unmöglich macht, bekannt ist auch, daß einäugige Maurer

von den Unternehmern auf Warten nur sehr selten beschäftigt werden, weil dadurch nicht nur eine Gefahr für die Beteiligten, sondern auch für die übrigen auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter besteht.

**Polizei und Gerichte.**

**Dortmund.** Die Kollegen Joh. Stockasse und Gudezel aus Dortmund waren vom Schöffengericht in Dortmund zu Gefängnisstrafen von acht und zehn Wochen verurteilt worden, weil sie im September vorigen Jahres auf dem Neubau Lubbe arbeitswillige Maurer beschimpft und bedroht haben sollen.

**Verschiedenes.**

**Wünschelrute.** Nachdem in unsern Kolonien die Wünschelrute zu einem amtlich approbierten, wenn auch nicht sehr zuverlässigen Apparat geworden ist, mit dem nach unterirdischen Wasserläufen und Metalllagern gesucht wird, kann man vor ihr ja wohl auch an anderer Stelle als nur in Spinnstuben sprechen. Die Wünschelrute, wie sie bei verschiedenen Völkern seit Jahrhunderten im Gebrauch ist, beruht aus einem frisch geschnittenen Gabelast der Weide, Haselstaude, Esche oder neuerdings auch aus einem V-förmig gebogenen, etwa 3 bis 5 mm starken Eisens, Kupfer- oder Zinndraht. Der Nutengänger nimmt dieses Instrument mit Untergriff in beide Hände und bewegt sich nun in langsamem Schritt über das nach unterirdischen Quellen oder Erz- resp. Kohlenlagern abzuwandernde Terrain. Ueberweicht der Nutengänger einen Wasserlauf oder einen Ergang, so soll die Wünschelrute unabhängig vom Willen des Suchenden einen Ausschlag machen. Nachdem lange Zeit hindurch, beeinflusst durch den naturwissenschaftlichen Materialismus, die Nutengänger als krasser Aberglauben verächtlich war, haben sich neuerdings durchaus ernst zu nehmende wissenschaftliche Forscher, Techniker, Geologen und Psychologen dem Studium dieser Frage zugewandt. In verschiedenen Stellen sind unabhängig voneinander systematische Versuche angestellt worden, um dem Problem der Wünschelrute auf die Spur zu gehen. Sieht man von den Fällen ab, wo offensichtliche Betrüger mit leichtgläubigen Personen einen unwürdigen Scharlatan spielen, und beschränkt man sich nur auf die Versuchsergebnisse, die von persönlich vertrauenswürdigem Nutengängern unter strenger wissenschaftlicher Kontrolle gewonnen worden waren, so ist aus dem reichen Versuchsmaterial, das sowohl zahlreiche positive als auch zahlreiche negative Resultate aufzuweisen hat, ein kleines Meeres an positiven herauszugreifen, das für die Wirksamkeit der Wünschelrute spricht. Von den Theorien, die zur Erklärung des seltsamen Phänomens aufgestellt worden sind, soll hier ganz abgesehen werden. So wird erwidert jedoch häufig, daß wenn die Wünschelrute überhaupt auf unterirdische Wasserläufe, auf Erz- und Kohlenlagerstätten reagiert, dies nicht dem primitiven Apparat, sondern der psychischen Beeinflussbarkeit des Nutengängers zuzuschreiben ist, und daß die Wünschelrute nichts weiter als ein Instrumentengegerölz ist, für den der Mensch selbst das registrierende, empfindliche Instrument darstellt. Ist das aber der Fall, so müssen die psychischen Kräfte, die auf den Menschen einwirken, auch mit Instrumenten nachweisbar sein, bei denen nicht, wie beim Menschen, der Eigenwille einen unkontrollierbaren Einfluß ausübt. Da man die bei der Nutengängerei eventuell wirksam verwendeten geschwimmten psychischen Kräfte ihrer Natur nach nicht kennt, so ist man lediglich auf Probieren angewiesen, um das wirksamste Registrierinstrument zu finden. Das ist übrigens durchaus nicht so unwissenschaftlich, wie es im ersten Augenblick scheinen mag. Denn bei einer ganzen Reihe von physikalischen Erscheinungen, für deren Beobachtung wir kein eigenes Sinnesorgan besitzen, ist man erst durch Zufall oder durch unwillkürliches Probieren zu geeigneten Indikatoren gelangt, die anfangs nur die Qualität, später dann freilich auch die Quantität der Kräfte zu bestimmen gestatteten. Selbst für die Elektrizität, von der wir, ohne ihre Natur irgendwie zu kennen, den ausgedehnten Gebrauch machen, und die ihrer Quantität nach heute mit einer weit größeren Genauigkeit gemessen werden kann als andere Naturkräfte, die unmittelbar auf unsere Sinnesorgane einwirken, ist die Entdeckung der Indikatoren nur einem Zufall, die Konstruktion der Meßinstrumente nur dem zunächst planlosen Probieren zu verdanken. Ganz ähnlich liegen die Dinge bei den Versuchslebern in den letzten Jahren entdeckten Strahlenarten, wie den Röntgenstrahlen, den Becquerelstrahlen, den Kanalstrahlen, der Radiumemanation und andern mehr. Weist man der Nutengängerei also irgendeine reale Bedeutung zu, so wird man sich nicht nur auf das Experimentieren mit dem Menschen beschränken dürfen, sondern man muß nach einem geeigneteren, objektiv wirkenden Indikator

suchen. Der Physiker und der Psychologe müssen hier Hand in Hand arbeiten. Die Ansätze hierzu sind auch bereits gemacht. Wie Dr. med. Wigner im Journal für Gasbeleuchtung und Wasserwerkversorgung berichtet, ist von Adolf Schmidt in Wien ein automatischer Quellenfinder konstruiert worden, der auf der Empfindlichkeit von Erdströmen basiert. Professor Godel in Freiburg (Schweiz) hat über diesen Quellenfinder ein Gutachten erstattet, aus dem folgendes entnommen werden soll: „1. Aus den Versuchen von Quinde über Diaphragmenströme geht hervor, daß die Intensität der Erdströme dort zunehmen muß, resp. die die Intensität des Erdstroms 0 wird, wenn der Boden durch Niederschläge angefeuchtet ist. Auch der Schmidt'sche Apparat funktioniert unter diesen Umständen nicht. 2. Die Tätigkeit des Schmidt'schen Apparates steht im Zusammenhang mit dem Vorkommen resp. dem Schwanken der elektrischen Erdströme, mit welchen, wie die neueren luftelektrischen Forschungen bezeugen haben, ein Austausch von Elektrizität zwischen Atmosphäre und Erdboden in Verbindung steht.“ Nach weiteren Verwendungen soll tatsächlich der Schmidt'sche Apparat wirksam sein, wenn die Versuche bei trockenem Wetter vorgenommen werden, und wenn er sich dann wirklich über einem unterirdisch fließenden Wasser befindet. Der Apparat wirkt also unter den genau gleichen äußeren Bedingungen wie die Wünschelrute. Wenn sich diese Mitteilungen bewahrheiten, sind wir vielleicht auf dem Wege, das Problem der Wünschelrute von dem menschlichen Organismus zu trennen und damit die objektive Forschung an die Stelle der müßigen Spekulation für und wider zu setzen.

**Eingegangene Schriften.**

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.) Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 28. Jahrganges erschienen, ihm ist das Feuilleton Nr. 27 angehängt.

**Briefkasten.**

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

**Schornteufelbau.** Wir halten ein Arbeitsverhältnis, bei dem die sogenannten Schornsteinspoliere die Mühsätze und Geräte selbst liefern und auch ihre Hilfskräfte selbst annehmen, und nach Belieben entlohnen, für höchst unmoralisch. Zahlen diese Schornsteinsbauer selbst Gewerbesteuer und kann nicht nachgewiesen werden, daß die abgeschlossenen Verträge nur Scheinverträge sind, dann heißt die eigentliche Firma allerdings weder für die Höhe der Hilfskräfte, noch kann sie bei Unfällen zur Verantwortung gezogen werden. Sind die Verträge dagegen nur Scheinverträge, das heißt, sind die Poliere nachgemieteten gar nicht selbständige Unternehmer, so bleibt auch die Haftung der Firma bestehen. Nach unserer Ansicht muß ein System, wie Sie es schildern, zu ganz schlimmen Mißständen führen, die schließlich auch der Firma selbst nicht angenehm sein dürften. Weitere Ausführungen in dieser Sache können wir im Briefkasten leider nicht machen.

**Leinwand.** Die Anzeige für die Sterbetafel kam um 14 Tage zu spät.

**H. G. in Hamburg.** Zur Ausbesserung solcher Wände dürfte Sandtast, weil am vorzuziehen, am besten sein. Bei Salpetersäure enthaltenden Stellen entfernt man den Putz und mischt aus etwas von den Steinen ab, dann bestreicht man diese mit Lein oder Lehm und verputzt sie, nachdem sie getrocknet sind, erneut.

**H. T. in Wunzlau.** 1. Es wird beides gezahlt. 2. Der Unfallzusatz ist so hoch zu bemessen, daß das Strafgeld mit ihm zusammen zwei Drittel des o r s i b l i c h e n Tagelohnes (nicht des wirklich verdienten Lohnes) beträgt. Wie hoch der ortsübliche Tagelohn in Wunzlau ist, vermögen wir nicht zu sagen.

**H. D. in Parchim.** Bei den Sterbeanzeigen kostet die Seite 15 A, was übrigens in jeder Nummer darüberehrt.

**M. L. in L.** Das Gebot ist zum Abdruck nicht geeignet. **Kalender.** Der Zweigverein Tribsee teilt uns mit, daß auch von ihm noch sieben Verbandskalender zu beziehen sind. Bestellungen wolle man an Hermann Timm, Tribsee, Grimmer Vorstadt, richten.

**J. D. in Tribsee.** Ein solcher Kitt ist uns nicht bekannt; da fragst Du am besten bei einem Steinmetzen an.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Jan Veeningen,** geboren am 23. Februar 1884 zu Hogeveen (Niederland), wird von seinem Bruder gesucht. Angaben über seinen Aufenthalt erbittet **Albert Veeningen,** per Adresse Karl Blasberg in Gräfeth bei Solingen, Post Fochje. [M. 1,50]

**Anton Schulz** und **Friedrich Fischer** aus **Schöneberg a. d. Weichsel** werden gebeten, ihre Adressen mitzuteilen. Kollegen, die über den Aufenthalt dieser Kollegen unterrichtet sind, bitten wir, uns dieses mitzuteilen. [M. 1,80] **Der Vorstand des Zweigvereins Danzig.**

**Heinrich Kruse,** Verb.-Nr. 26 169, geboren am 2. September 1887 zu Pöhlitz, wird aufgefordert, seine Logisschulden zu begleichen. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen dem Vorstand in Bochum hierüber Nachricht geben. [M. 1,50] **Zweigverein Bochum.**

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Hinsiden Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 A.)

**Damberg.** Zahlstelle Frenshof. Am 16. März starb unser treuer Kollege **Peter Schuster** im Alter von 59 Jahren an Tuberkulose.

**Barmen-Eberfeld.** Am 19. März starb unser Kollege **Philipp Anfang** im Alter von 96 Jahren an Kehlkopfgeschwulst.

**Berlin.** Am 12. März starb unser Mitglied **Karl Scharte** im Alter von 50 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 18. März starb unser Mitglied **Wilhelm Lehmann** im Alter von 63 Jahren an Herzlähmung.

(Sektion der Gips- und Zementbrände.) Am 12. März starb unser treuer Kollege, der Einspalter, **Karl Nicolai** im Alter von 43 Jahren infolge eines erlittenen Unfalles.

**Breslau.** Am 19. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied **Ernst Knappe** an Lungentuberkulose im Alter von 40 Jahren.

**Brissow.** Am 16. März starb unser Verbandskollege **Hermann Klerk** im Alter von 22 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Cöln.** Am 9. März starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied **Nikolaus Abel** im Alter von 27 Jahren an Starbkrampf.

**Gelsenau.** Am 18. März starb unser treuer Kollege **Paul Werner** aus Harold im Alter von 24 Jahren an Lungentuberkulose.

**Glauchau.** Am 13. März starb unser treuer Kollege **Johann Kaschay** im Alter von 84 Jahren an der Schwindsucht.

**Gerne-Reddinghausen.** Zahlstelle Carkrop. Am 18. März starb nach kurzer Krankheitsdauer unser Kollege **Heinrich Klipping** aus Schlangen im Alter von 88 Jahren an Lungentuberkulose.

**Lauenburg.** Am 14. März starb unser Verbandskollege **H. Heiberg** im 72. Lebensjahre an Unterleibstypus.

**Lehndorf.** Am 12. März starb unser Verbandskollege **Friedrich Bückert** aus Greß im Alter von 25 Jahren durch Unfall. Er war ein tüchtiger Mitarbeiter im Verbands.

**Leipzig.** Am 13. März starb unser langjähriges Mitglied **Theodor Schwarzburger** im Alter von 65 Jahren an Tuberkulose.

**Marienberg.** Am 14. März starb unser Kollege **Julius Papengut** im Alter von 59 Jahren an Lungentuberkulose.

**München.** (M. u.) Am 16. März starb nach langem Leiden unser Kollege **Johann Drollmann** im Alter von 32 Jahren an der Prostatenkrebtkrankheit.

**Neußadt i. Solt.** Am 13. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kollege **J. Schulmeister** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

**Parchim.** Am 11. März starb unser altes Ehrenmitglied **Chr. Willig** im Alter von 77 Jahren an Schlaganfall.

**Patzkau.** Am 5. März starb unser treues Mitglied **Otto Koppermann** aus H. Hentzrug im Alter von 27 Jahren.

**Pöten.** Am 7. März starb unser Kollege **Leo Foltynski** im Alter von 62 Jahren an Lungentuberkulose.

**Posdam.** Am 13. März starb unser Mitglied **Konstantin Piedzinka** im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 18. März starb unser Mitglied **Hermann Dekow** im Alter von 42 Jahren an Nierenleiden.

**Schwabach.** Am 16. März starb unser Kollege **Johann Humpender** im Alter von 37 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Adressenveränderungen.**

(\*) bedeutet Vorbenennung, K. Kassierer, L. Sekretariat, H. Herberge, R. Reisesunterstützung wird ausgesetzt, B. B.

**Obersee.** H und L in Hotel „Stadt Lübeck“. **Auhorst und Lungeau.** Unter Lungeau befindet sich vom 1. April an: Friedrich-Wilhelmstr. 76, pt. Telefon Nr. 1426.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

**Samstag, den 27. März.** Nachm. 3 Uhr im Lokal der Herren Hermann Verbandskassierer mitbringen.

**Zehdenick.** Nachm. 2 Uhr bei Buchholz. Sehr wichtige Tagesordnung!

**Montag, den 28. März.**

**Lehndorf.** Nachm. 2 1/2 Uhr bei Tage.

**Lychen.** Nachm. 3 Uhr im Lokal des Herrn Robert Dettlo, Tempelstr. 101.

**Ribnitz.** Nachm. 8 Uhr Versammlung bei Herrn S. Potenberg. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Sonnabend, den 2. April.** Gleich nach Hellenabend. Wichtige Tagesordnung. Bücher sind mitzubringen.

**Samstag, den 3. April.** Willstock. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Carl Müller, Herberge.